

Wahlprogramm

Seite 1

Inhaltsverzeichnis

UNSER UPDATE FÜR BERLIN.....	4
BERLIN IST EINE INTERNATIONALE METROPOLE	5
WIRTSCHAFT. ARBEIT. ZUKUNFT. DIE LEISTUNGSBEREITE STADT WERTSCHÄTZEN.....	6
METROPOLREGION.....	7
BRANCHEN IM VERBUND.....	7
WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG	7
UNTERNEHMENSGRÜNDUNGEN.....	8
ARBEITSMARKT	9
ABGABEN, STEUERN, BESCHRÄNKUNGEN	10
WETTBEWERB STATT RE-KOMMUNALISIERUNG	10
TOURISMUS	11
MESSEANGEBOT	11
VEREINBARKEIT VON FAMILIE UND BERUF	12
BILDUNG. WISSENSCHAFT. WOHLSTAND. DIE STADT VORANBRINGEN.....	12
SCHULEN IN DIE FREIHEIT ENTLASSEN – DER WEG ZUR BÜRGERSCHULE	12
BESTE BILDUNG FÜR BERLIN	13
FRÜHKINDLICHE BILDUNG.....	14
GRUNDSCHULE	14
SEKUNDARSCHULE.....	15
GYMNASIUM.....	15
DIE SCHULEN IM ZEITALTER DER DIGITALISIERUNG	15
INKLUSION	16
BEGABTENFÖRDERUNG	16
BESTE LEHRER FÜR BERLIN	16
AUSBILDUNG.....	17
AUßERSCHULISCHE BILDUNG.....	17
MITSPRACHE VON SCHÜLERN UND ELTERN.....	17
WISSENSCHAFT UND HOCHSCHULE	17
HOCHSCHULFINANZIERUNG	18
STUDIENFINANZIERUNG	19
LEHREN UND LERNEN AN DER HOCHSCHULE	19
ANSTELLUNGSVERHÄLTNISSE VON WISSENSCHAFTLERN UND AKADEMISCHEM MITTELBAU	19
MEDIZINISCHE HOCHSCHULE CHARITÉ.....	20
EXZELLENZINITIATIVE	20
INTERNATIONALISIERUNG	20
GRÜNDUNGSKULTUR AN DEN HOCHSCHULEN.....	21
WOHNEN. VERKEHR. PERSPEKTIVE. DIE WACHSENDE STADT ENTWICKELN.	21
PLANUNG UND BÜRGERBETEILIGUNG.....	22
KONKRETE PROJEKTE	22
ANGEMESSENES WOHNUNGSANGEBOT DURCH NEUBAU	23
WOHNKOSTEN SENKEN	24
GROßSTADTVERKEHR	25
AUSBAU VERKEHRSINFRASTRUKTUR	25

Seite 2

STRAßEN	25
SCHIENE UND ÖFFENTLICHER NAHVERKEHR	26
LUFTVERKEHR	27
WEITERE VERKEHRSTRÄGER.....	28
VERKEHRSINFRASTRUKTURMANAGEMENT	28
KULTUR. KREATIVITÄT. WIRTSCHAFT. DIE SCHÖPFERISCHE STADT STÄRKEN.	29
KULTURELLE BILDUNG.....	29
KULTURFÖRDERUNG UND -FINANZIERUNG	29
KULTUREINRICHTUNGEN.....	30
KREATIVWIRTSCHAFT	31
LEBENSQUALITÄT. ENERGIE. UMWELT. DIE LEBENSWERTE STADT ERHALTEN.	31
ENERGIEPOLITIK MIT PERSPEKTIVE.....	32
WÄRME UND GEBÄUDE	32
ENERGIEERZEUGUNG	33
ENERGIEVERTEILUNG	33
BÜRGERBETEILIGUNG	34
NATUR- UND TIERSCHUTZ	34
STADTGRÜN.....	35
KLIMASCHUTZ	35
UMWELTPOLITIK.....	35
WASSERPOLITIK.....	36
MENSCH. MITMENSCH. GEMEINSCHAFT. DIE WELTOFFENE STADT SICHERN.....	36
GRENZEN DER ÜBERWACHUNG	36
GEWALT UND HASSKRIMINALITÄT BEKÄMPFEN.....	38
POLIZEI.....	38
JUGENDKRIMINALITÄT.....	39
FEUERWEHR UND RETTUNGSDIENSTE	39
KORRUPTIONSBEKÄMPFUNG UND TRANSPARENZ	39
DATENSCHUTZ	40
DIREKTE DEMOKRATIE UND WAHLRECHT	40
ZUWANDERUNG	40
INTEGRATION	41
FLÜCHTLINGE UND ASYLBEWERBER.....	42
SOZIALE INTEGRATION UND WIRKSAME HILFE.....	43
KRANKENHÄUSER UND UNIVERSITÄTSMEDIZIN	43
BESEITIGUNG DES INVESTITIONSSTAUS.....	44
VERBESSERUNG DER BEHANDLUNG UND QUALITÄTSSICHERUNG IN BERLINER KRANKENHÄUSERN	44
GESUNDHEITSVERSORGUNG UND ÖFFENTLICHER GESUNDHEITSDIENST	45
INNOVATIVE MEDIZIN UND MEDIZINTECHNIK	45
SICHERHEIT UND EFFIZIENZ MIT DATEN IM GESUNDHEITSWESEN	46
BARRIEREFREIHEIT	46
FAMILIE	46
KINDER UND JUGENDLICHE.....	47
SENIORINNEN UND SENIOREN.....	47

Seite 3

ATTRAKTIVITÄT DES PFLEGEBERUFES STEIGERN	48
QUALITÄTSSICHERUNG IN DER PFLEGE	48
VERBESSERUNG DES VERSORGUNGSANGEBOTS IN DER PFLEGE	49
REGIERUNG. HAUSHALT. VERWALTUNG. DER VERANTWORTUNGSBEWUSSTEN	
STADT DIENEN.	49
DIE AUSSICHT AUF EINE AUSGEGLICHENE HAUSHALTSFÜHRUNG.....	49
SCHULDENABBAU FÜR KOMMENDE GENERATIONEN	49
HAUSHALTSGRUNDSÄTZE	50
ERWIRTSCHAFTEN, WAS VERTEILT WERDEN SOLL.....	50
AUFGABENKRITIK UND VERWALTUNGSEFFIZIENZ	51
SUBSIDIARITÄT.....	51
ABBAU VON BÜROKRATIE UND ÜBERREGULIERUNG	52
MITARBEITERPOTENZIALE HEBEN.....	53
ZENTRALE ANLAUFSTELLE	54
DIGITALE VERWALTUNG	54
SIE. WIR. ALLE. DIE ZUKUNFTSFÄHIGE STADT GESTALTEN – DIE	
BÜRGERGESELLSCHAFT FÜR ALLE.....	55

Die Metropole Berlin – Hauptstadt der Chancen und der Freiheit

Unser Update für Berlin.

Berlin ist eine wunderbare Stadt voller Chancen, voller Energie, voller interessanter Menschen. Berlin ist eine Drehscheibe Europas, Schmelztiegel der Kulturen, Hauptstadt junger Talente aus nah und fern. Die Berlinerinnen und Berliner lieben Ihre Stadt. Millionen von Gästen zieht es Jahr für Jahr nach Berlin. Sie fühlen sich willkommen und teilen unsere Begeisterung für die Stadt.

Die Berliner Atmosphäre und Ausstrahlung, das eigenwillige Selbstbewusstsein der Menschen in der Stadt wirken anziehend. Viele wollen Berliner werden. Firmengründungen sprießen aus dem Boden, die Kreativ- und Kulturszene ist einzigartig. Die Forschungs- und Wissenschaftslandschaft braucht keinen Vergleich zu scheuen. Das kulturelle Erbe der Stadt genießt Weltruhm. Die Lebensqualität ist hoch, die Lebenshaltungskosten noch vergleichsweise niedrig. Das führt Menschen mit Lust auf Neues zu uns. Sie suchen und schätzen die Lebensqualität. Darüber spricht die Welt.

Trotz der vielen Vorzüge Berlins gibt es keinen Grund, sich zurückzulehnen. Ungeschminkt werden weiterhin erhebliche strukturelle Defizite erkennbar – Licht und Schatten liegen in Berlin dicht beieinander. Wir Freie Demokraten werden uns damit nicht abfinden. Unsere Stadt soll eine spannende Metropole bleiben, aber kein Moloch der Spannungen werden.

Sehen wir das ganze Bild: Von der besten Bildung der Welt können Berliner Schülerinnen und Schüler nur träumen. So verkommen ihre Zukunftschancen ebenso wie die Schulen, in die sie gehen. Der Tourismus prosperiert, die industrielle Basis Berlins ist aber nach wie vor schwach. So können neue Ideen nicht auch zu neuen Arbeitsplätzen führen. Die Neuansiedlung von Unternehmen verläuft anhaltend schleppend. Der Exportanteil ist weit unterdurchschnittlich. Potenzielle Investoren fühlen sich von der politischen Führung der Stadt oft nicht angemessen behandelt. Noch immer hat kein führendes börsennotiertes Unternehmen seinen Hauptsitz in Berlin. Ein Vierteljahrhundert nach dem Mauerfall versteht es die Berliner Politik nicht, die Spaltung zwischen Stadt und Umland zu überwinden und Berlin Hand in Hand mit dem Umland als Teil einer gemeinsamen Metropolregion zu entwickeln.

Viele Menschen fragen sich, wie und wo für ihre stark wachsenden Stadt Wohnungen und neue Infrastruktur geschaffen werden und wie die Lebensqualität der Stadt erhalten werden kann. Sie vermissen eine Vision, wohin sich die Stadt entwickeln soll, die Vision

Seite 5

einer lebenswerten Metropole. Sie erwarten auf diese Fragen zu Recht tragfähige Antworten.

Glamour, Clubs, schicke Lofts und der Zuzug gut verdienender, international ausgerichteter Eliten zählen zur alltäglichen Realität unserer Stadt. Gleichzeitig prägen eine unerträglich hohe Sockelarbeitslosigkeit, ein hoher Anteil von Transferempfängern und eine hohe Anzahl von Menschen ohne Schulabschluss die Situation. Auch diese Berlinerinnen und Berliner haben die Perspektive auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben verdient und darauf, dass ihnen neue Chancen eröffnet werden. Wir vergessen sie nicht.

Die Aufnahme der Flüchtlinge hat bestehende Schwächen in Politik und Verwaltung erst recht offen gelegt. Die Herausforderung der Integration hat die Defizite der Landespolitik sichtbar gemacht. Sie ist auch der Beleg für die falsch gesetzten Prioritäten der Großen Koalition in Bund und Land. Die Flüchtlingskrise hat eine Verwaltung, die schon im Normalbetrieb an ihre Grenzen gestoßen ist, beinahe kollabieren lassen. Ungezählte Freiwillige, Berliner Bürgerinnen und Bürger, haben sie durch ihr Engagement vor dem Zusammenbruch gerettet. Die Berlinerinnen und Berliner haben im Ehrenamt oder als Steuerzahler viel für diese Stadt getan. Es wird Zeit, dass die Stadt auch etwas für sie tut.

Jede Krise eröffnet aber auch Chancen, die aus dem Druck der Veränderung entstehen. Einmal mehr kann sich Berlin beweisen, das sich nach zwei Weltkriegen, nach Teilung und Wiedervereinigung immer wieder neu finden und erfinden musste.

Wir haben viel zu gewinnen, aber auch viel zu verlieren.

Der Rechtsstaat und unsere liberale Gesellschaftsordnung müssen gegen Extreme gesichert werden, die ihren Profit aus den Ängsten der Bevölkerung ziehen möchten oder unsere Verfassung ignorieren. Freiheit ist ohne die Einhaltung ihrer Regeln wertlos.

Verkrustete, ineffektive und ineffiziente Strukturen in Politik und Verwaltung sollten aufgebrochen, neue Wege für nachhaltig auskömmliche Arbeitsplätze müssen beschritten werden. Diese Wege will die FDP in ihrem Programm aufzeigen.

Sie blickt dabei über die hausgemachten Probleme der Berliner Landespolitik hinaus, die den aktuellen politischen Notbetrieb des Senats kennzeichnen – vom Flughafen bis zur Staatsober, von der Verkehrslenkung bis zum Wohnungsbau. Nie war die Landespolitik so orientierungslos wie heute.

Andere denken darüber nach, wie sie Geld ausgeben, um damit Schwächen zu übertünchen.

Wer Politik will, die rechnen und wirtschaften kann, der kann auf uns zählen. Wir führen keine Debatten über immer neue Vorschriften und Verbote oder über mehr Abgaben und Gebühren.

Berlin ist eine internationale Metropole

Freie Demokraten sind moderne Großstadtbürger. Sie schätzen den Wert der Vielfalt. Wir werben für Respekt gegenüber Menschen ganz gleich welchen Alters oder Geschlechts, welcher ethnischen Herkunft, Religion, Weltanschauung, sexuellen Identität, ob mit

Seite 6

Behinderung oder ohne. Wir verteidigen die Rechte gleichgeschlechtlicher Partnerschaften. Wir unterstützen eine Bundesratsinitiative zur Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare und die Liberalisierung des Adoptionsrechts. Wir fordern eine Bundesratsinitiative zur Ergänzung des Artikels 3 Grundgesetz: „Niemand soll wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen oder seiner sexuellen Identität benachteiligt oder bevorzugt werden dürfen.“

Freie Demokraten fordern diesen Respekt aber auch ein. Wir stehen für die wehrhafte Demokratie, in der die Werte des Grundgesetzes die Hausordnung des Zusammenlebens bestimmen. Der liberale Rechtsstaat muss allen, die das Recht – aus welchen ideologischen Gründen auch immer – in die eigene Hand nehmen wollen, entschieden entgegen treten.

Wir machen es Ihnen einfach und konzentrieren uns auf das Wesentliche: Mehr Freiheit für mehr Menschen. Dazu braucht es neues Denken, beherztes Handeln und Mut.

Uns interessiert die wichtigste Frage, die Menschen in ihrem Alltag bewegt und angeht: Wie und wovon wollen wir morgen leben? Für Menschen, die diese Frage beantwortet wissen wollen, machen wir Politik.

Ohne Sie, die unsere Stadt im täglichen Wirtschaften und Wirken ausmachen, wäre unser Berlin ein seelenloser Steinhafen. Sie verdienen beste Bildungs- und Entwicklungschancen und eine Atmosphäre, die Unternehmen und persönliches Engagement als Gewinn und nicht als Bedrohung sieht.

Für Sie alle machen wir Politik:

für Ur- und Neuberliner aller Himmelsrichtungen,

für alle, die von der Weltoffenheit und Toleranz, aber auch von den Chancen und Potenzialen unserer Stadt überzeugt sind,

für die Menschen im Schatten und die im Licht unserer Großstadt,

für alle, die ihr Leben mündig, leistungswillig und selbstbewusst gestalten wollen,

Sie sind unser Bündnispartner bei der Erfüllung unseres Auftrags: Ein Update für Berlin.

Wirtschaft. Arbeit. Zukunft. Die leistungsbereite Stadt wertschätzen.

Alles was Politik leisten will, kostet Geist und Geld. Freie Demokraten arbeiten an einer Atmosphäre, die Lust auf Investitionen und Innovationen zum Beispiel bei Startups macht, statt sie zu verhindern und zu verteufeln. Wir sind offen für den Einsatz von Kapital und Köpfchen. Wir schätzen den Ertrag des Wettbewerbs um die besten Ideen und Lösungen. Als Verteidiger der Sozialen Marktwirtschaft kennen wir den Nutzen der vielen einzelnen Investitionen, bei denen Menschen etwas riskieren und so den Wohlstand aller durch bessere Angebote als in einer zentral gesteuerten Wirtschaft verbessern helfen.

Wichtigster Ansatz für die Entwicklung Berlins ist für uns deshalb die Stärkung der privaten Wirtschaft, der klein- und mittelständischen Unternehmen, des Handwerks, der Selbstständigen und der Industrie. Das herausragende Argument, nach Berlin zu ziehen, hier zu leben, sind die Lebensperspektiven und dabei auch die Chance auf Arbeit.

Metropolregion

Im nationalen und internationalen Wettbewerb der besten Wirtschaftsstandorte ist eine positive Entwicklung Berlins ohne das unmittelbare regionale Umfeld nicht denkbar. Wir wollen deshalb mehr Interaktion mit den Umlandgemeinden. Die Stadt- und Regionalentwicklung braucht einen länderübergreifenden Ansatz. Es gilt, die Potenziale und Synergien Berlins und der Umlandgemeinden zusammenzubringen und so die Metropolregion als Ganzes zu stärken. Wir setzen uns dafür ein, die bestehenden unverbindlichen Strukturen der Zusammenarbeit verbindlicher zu gestalten. Dafür wollen wir das Instrument öffentlich-rechtlicher Verwaltungsverträge nutzen.

Die unterschiedlichen Gewerbesteuerhebesätze zwischen Berlin und den Umlandgemeinden sind eine Chance im Wettbewerb und sollten im Rahmen der strategischen Entwicklung der Metropolregion genutzt werden.

Branchen im Verbund

Für eine bessere Entwicklung von Wachstum, Innovationen und Arbeitsplätzen sind die unternehmerischen Stärken und Innovationsfähigkeiten der Metropolregion zu bündeln, zu stärken und systematisch im Verbund einzelner Branchen (Cluster) auszubauen. Gezielt setzen wir auf die bereits heute bestehenden herausragenden Branchen-Cluster der Gesundheitswirtschaft, Kreativ-, Medien- und Kommunikationswirtschaft sowie Verkehrstechnik, die eine Chance auf Alleinstellung bieten.

Wir wollen Ansiedlungsaktivitäten und Fördermittel auf diese vorhandenen Branchen-Cluster Berlins konzentrieren. Auch bei der infrastrukturellen Entwicklung, der Forschungspolitik, der Aus- und Weiterbildung, dem Standortmarketing und dem Messeangebot in der Metropolregion fokussieren wir uns auf diese Cluster.

Wir wollen die bestehenden Förderprogramme und -strukturen ebenfalls auf die vorhandenen Branchen-Cluster ausrichten. Eine Förderung soll in Zukunft auch in Form von Beratungsunterstützung (vor allem in den Bereichen Marketing und Vertrieb) geleistet werden.

Wir wollen ein professionelles Clustermanagement etablieren, das bestehende Unternehmen aller Größen, Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Kapitalgeber und die Verwaltung vernetzt und gemeinsame Projekte der Zusammenarbeit identifiziert und organisiert.

Wirtschaftsförderung

Die Berliner Verwaltung muss zu einem serviceorientierten Dienstleister für Unternehmen werden. Das Konzept des Einheitlichen Ansprechpartners ist mit diesem Ziel zweisprachig Deutsch/Englisch auszubauen.

Seite 8

Die Aufgabenbereiche Wirtschaft und Arbeit, die derzeit auf verschiedene Senatsverwaltungen verteilt sind, wollen wir in einem Senatsressort zusammenfassen und damit stärken.

Wir wollen die Wirtschafts- und Ansiedlungsförderung sowie die Marketing-Aktivitäten Berlins in einer einzigen Organisation zusammenführen und eng mit dem Liegenschaftsmanagement und der Stadt- und Regionalentwicklung koordinieren.

Wir streben eine Vermarktung Berlins und des Umlands aus einer Hand an und fordern für die gesamte Metropolregion die Schaffung einer einheitlichen Wirtschaftsförderungsgesellschaft. Diese muss die Stärken der Region endlich professionell international gegenüber potenziellen Investoren, Gründern und Fachkräften vermarkten.

Wir wollen Englisch als Zweitsprache neben der Amtssprache Deutsch in der Verwaltung einführen. Offizielle Dokumente sind in Berlin zweisprachig anzubieten.

Gegenüber Gründern wollen wir die angebotenen Unterstützungsleistungen deutlicher und stärker herausstellen, um ihnen die Orientierung zu erleichtern. Ebenso werden wir die Struktur und den Mittelabruf bei Förderprogrammen vereinfachen.

Wir wollen ein moderneres, benutzerfreundlicheres Beratungsangebot schaffen, um die Unterstützung aufstrebender Unternehmen beim Abrufen und Verwenden von EU-Fördermitteln zu gewährleisten. Für uns sollen der Kern finanzieller Förderung immer private Mittel sein, öffentliche Förderung soll nur zur Ergänzung gewährt werden. Wir fordern ein Umdenken in der Frage, wie diese eingesetzt werden sollen.

Unternehmensgründungen

Wir brauchen mehr Unternehmerinnen und Unternehmer und mehr Gründer in Berlin. Daher werden wir durch ein umfassendes Entrepreneurship Education Angebot den Unternehmergeist in die Berliner Schulen und Hochschulen tragen. Um sich im Dickicht rechtlicher Rahmenbedingungen und bürokratischer Restriktionen zurechtzufinden, benötigen Gründerinnen und Gründer Ansprechpartner. Diese Partner sollen Gründungshemmnisse beseitigen helfen.

Unternehmen in Gründung sollen sich, wie alle Unternehmen, auf ihr Geschäft konzentrieren können und mit möglichst wenig Bürokratie belastet werden. Daher fordern wir ein bürokratiefreies Halbjahr nach der Unternehmensgründung (davon ausgenommen ist die Gewerbeanmeldung).

Um Gründungen zu erleichtern, ist es notwendig die Handelsregisteranmeldung zu vereinfachen. So wollen wir uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass durch Rechtsänderungen zukünftig eine solche Anmeldung papierlos, online und für definierte Standardfälle ohne notarielles Tätigwerden möglich ist.

Durch die Online-Anmeldung wird das Unternehmen automatisch bei den Finanzbehörden und – wenn gewünscht – bei den entsprechenden Kammern und Berufsverbänden angemeldet.

Seite 9

Wir werden darauf drängen, Berichts- und Aufbewahrungspflichten und komplizierte Regelungen im Arbeitsrecht deutlich zu vereinfachen und Unternehmen in Gründung von Aufzeichnungs- und Berichtspflichten weitgehend zu befreien. Hierzu gehört auch die schnelle und unkomplizierte Bescheidung von Nutzungsänderungsanträgen für Gewerbe und Wohnflächen, damit junge Unternehmen aus sich heraus wachsen können, ohne eine Standortänderung in Betracht ziehen zu müssen.

Mit Blick auf die atemberaubende, belebende Dynamik der Start-Ups wollen wir die Metropolregion auf diese komplett neue Unternehmerklientel einstellen und die weitere Entwicklung dieses spannenden Milieus befördern. Wir wollen, dass die besonderen Anforderungen von Start-Ups im Verwaltungshandeln berücksichtigt werden.

Wir wollen durch Experimentierklauseln ermöglichen, neue Technologien wie beispielsweise selbstfahrende Autos und neue Geschäftsmodelle vorbildhaft in Berlin zu erproben und dafür zeit- und gebietsweise bestehende Regelungen (Gesetze, Verordnungen) auszusetzen.

Auf Bundesebene soll sich das Land Berlin für Regelungen einsetzen, die die besondere Situation der Gründer und Investoren berücksichtigen, u.a. bei den Themen Abschaffung des Mindestlohns, Beibehaltung der Netzneutralität oder der Besteuerung von Beteiligungen an jungen Unternehmen. Ebenso werden wir uns dafür einsetzen, dass die EXIST-Gründerstipendien künftig auch an Auszubildende vergeben werden.

Arbeitsmarkt

Wir werben weltweit um die besten Köpfe. Daher fordern wir die Abschaffung der Vorrangprüfung, damit die Berliner Unternehmen schneller Nicht-EU-Bürger einstellen können. Für alle, die in der Metropolregion leben oder hierher ziehen, möchten wir exzellente Rahmenbedingungen in der Arbeitswelt, in der Infrastruktur und für die Lebensqualität schaffen.

Wir wollen Bedingungen schaffen, um mehr in Berlin gut ausgebildete Menschen nach Ausbildung und Studium in der Stadt zu halten.

Das Potenzial von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und Gründern mit Migrationshintergrund wollen wir stärker nutzen. Dort, wo noch bürokratische Hürden bestehen, werden wir helfen, diese abzubauen und die Menschen dabei unterstützen, unternehmerisch tätig zu werden. Ausländische Abschlüsse, vor allem solche aus Nicht-EU-Ländern, sollen schneller und einfacher anerkannt werden. Außerdem soll im Ausland gesammelte qualifizierte Berufserfahrung ergänzend den Zugang zu Abschlussprüfungen ermöglichen. Wir möchten Unternehmerinnen und Unternehmer mit Migrationshintergrund für die Herstellung und Pflege von Außenwirtschaftskontakten für Berlin gewinnen.

Wir wollen mit Blick auf den demografischen Wandel eine Kampagne starten, die die Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft von über 50jährigen vermittelt und mehr erfahrene Menschen im Arbeitsleben hält.

Den Langzeitarbeitslosen und gering Qualifizierten möchten wir eine Brücke in den ersten Arbeitsmarkt bauen. Für Langzeitarbeitslose wollen wir angemessene Arbeitsgelegenheiten von vorübergehender Dauer schaffen, die auf eine Eingliederung in

den ersten Arbeitsmarkt vorbereiten – mit entsprechenden, nutzbringenden und nicht die private Wirtschaft verdrängenden Tätigkeiten. Dabei ist es notwendig, Angebote zu schaffen, die eine hohe, selbstbestimmte Beteiligung der Hilfsempfänger an der Jobvermittlung ermöglichen und Langzeitarbeitslose individuell fördern. Auf Basis bestehender Interessen und Berufserfahrung sollten bereits erlernte Fähigkeiten weiterentwickelt werden und Chancen für ein selbsterfülltes Leben schaffen.

Künftig müssen alle Sozialausgaben und -projekte regelmäßig auf ihre Effizienz und Wirksamkeit überprüft werden.

Die Verantwortung für die Arbeit der Jobcenter ist von der Bundesagentur für Arbeit stärker auf die Bezirke zu verlagern. Arbeitsvermittler sollen einen engen und direkten Austausch mit den Unternehmen suchen.

Dem steigenden Bedarf an Personal mit abgeschlossener Berufsausbildung (Fachkräftemangel) muss u.a. durch bessere Angebote zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf begegnet werden. Zudem müssen die Qualifikation von Schulabgängern verbessert und erleichterte Möglichkeiten der Beschäftigungserlaubnis von Flüchtlingen im Asylverfahren oder mit einer Duldung geschaffen werden, um beispielsweise eine betriebliche Ausbildung aufnehmen zu dürfen.

Abgaben, Steuern, Beschränkungen

Die Bemessungsgrundlage für die Gewerbesteuer ist auf den erwirtschafteten Gewinn zu beschränken. Zudem muss die Zweitwohnungssteuer abgeschafft werden.

Wir setzen uns für die Freigabe der Ladenöffnungszeiten ein. Jeder Ladenbetreiber und jedes Unternehmen weiß selbst am besten, zu welcher Tageszeit er die besten Geschäfte machen kann, auf jeden Fall besser als eine politisch gesteuerte Wirtschaftsplanung. Das Internet schläft ohnehin nie. Der Handel dort kennt längst keinen Ladenschluss mehr. Das verschafft gerade beruflich und familiär stark geforderten Verbrauchern neue Bewegungsspielräume.

Auch IHK und HWK müssen ihre Daseinsberechtigung belegen, dazu sind sie effizienter zu organisieren. Die Kammern sollen sich auf ihre gesetzlich übertragenen Kernaufgaben beschränken. Für die innere Verfassung der Kammern fordern wir mehr Transparenz und stärkere Mitwirkungsrechte ihrer Mitglieder. Gründer und kleine Unternehmen sind in den ersten 5 Jahren nach Gründung beim Grundbetrag zu entlasten.

Das Berliner Vergabegesetz mit seinen realitätsfremden Beschränkungen wollen wir abschaffen. Die gesetzlichen Regelungen des Bundes reichen aus. Sie gelten auch für das Land Berlin.

Wettbewerb statt Re-Kommunalisierung

Auch bei der Bereitstellung von städtischen Ver- und Entsorgungsleistungen sind wir für Wettbewerb, denn dieser fördert Innovationen, senkt die Abgabenlast für die Bürger und bietet bessere Leistungen für alle an.

Alle durch landeseigene Unternehmen und die öffentliche Hand erbrachten Leistungen wollen wir deshalb darauf überprüfen, ob sie nicht auch von privaten Anbietern im

Wettbewerb erbracht werden können bzw. ob landeseigene Unternehmen durch ihre Leistungserbringung privatwirtschaftliche Alternativen behindern oder schlechter stellen. Bei einer Auftragsvergabe an private Unternehmen müssen die politischen, insbesondere energiepolitischen Ziele des Landes rechtlich bindend festgeschrieben werden.

Die Re-Kommunalisierung, also eine Verstaatlichung weiterer Betriebe, v.a. der Strom-, Gas- und Wärmenetze, lehnen wir entschieden ab. Risiken wirtschaftlichen Handelns dürfen nicht auf den Schultern der Bürgerinnen und Bürger abgeladen werden.

Der Betrieb der Wasserbetriebe und der S-Bahn (nicht aber deren Netze) sollen im Wettbewerb ausgeschrieben werden. Auch in weiteren Bereichen der öffentlichen Unternehmen Berlins wollen wir Betriebsteile ausschreiben und privatisieren, so z.B. bei der Flughafengesellschaft und Vivantes. Außerdem ist zumindest mittel- bis langfristig ein Teilverkauf der sechs landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften zu prüfen.

Leistungen der Entsorgung und Straßenreinigung müssen regelmäßig gebietsweise ausgeschrieben werden. Neben großen Unternehmen sollen auch kleine und mittlere Betriebe eine Chance bekommen, sich an Ausschreibungen von Leistungen der so genannten Daseinsvorsorge zu beteiligen.

Tourismus

Wir wollen die touristische Anziehungskraft Berlins weiter stärken. Berlin hat das Potenzial, zur Tourismus-Metropole Nr. 1 in Europa zu werden.

Wir wollen in Berlin einen nachhaltigen Qualitätstourismus entwickeln, der hochwertige Angebote der Stadt bspw. im Kulturbereich in den Mittelpunkt rückt.

Der Tourismus ist ein wesentliches Standbein der Berliner Wirtschaft. Wir wenden uns deshalb gegen schikanöses Verwaltungshandeln des Senats und der Bezirke gegenüber Gastgewerbe und Touristen.

Das Verbot privater Beherbergungen entzieht dem Berlintourismus über 30.000 Betten, die auch von der Hotellerie nicht kompensiert werden können. Wir wenden uns gegen die faktische Enteignung gewerblicher Beherbergungsbetriebe und gegen das Verbot, die selbst genutzte eigene Wohnung temporär an Touristen zu vermieten.

Die „City-Tax“ schaffen wir ab.

Messeangebot

Das Messegeschäft ist für die Metropolregion von enormer Bedeutung. Es müssen zusätzliche Messe-, Kongress- und Ausstellungsflächen bereitgestellt werden. Allein die Berlin Messe hat einen zusätzlichen Flächenbedarf von 100.000 m², der zu entwickeln ist.

Das ICC muss wieder in das Messeangebot integriert werden. Wir setzen dabei auf eine Kombiutzung aus Kongresszentrum, Kultur und Kunst, Hotelbetrieb und Entertainment. Eine entsprechende Modernisierung und der Umbau des ICC dürfen deshalb nicht durch Auflagen des Denkmalschutzes faktisch unmöglich gemacht werden.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Wir wollen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter verbessern. Deshalb wollen wir verstärkt Teilzeitangebote und flexible Arbeitszeiten für Frauen und Männer im öffentlichen Dienst.

Bildung. Wissenschaft. Wohlstand. Die Stadt voranbringen.

Bildung ist die zentrale Voraussetzung für jeden Menschen, seinen Weg zu gehen und sein Glück zu machen. Wir stellen Schülerinnen und Schüler, Studierende und Auszubildende, nicht bildungspolitische Theorien in den Mittelpunkt unserer Bildungspolitik.

Freie Demokraten setzen darauf, Wissen und Werte zu vermitteln, mit denen jeder sich im Arbeits- und Privatleben behaupten kann. Wer nichts weiß, muss alles glauben. Das schmälert das Selbstbewusstsein und mindert die Verantwortungsbereitschaft.

Wir wollen Aufstiegschancen für jeden und jede, gerade für die Leistungswilligen. Erfolgreiche Schulabgänger, Gesellen und Hochschulabsolventen erwarten eine Berufsperspektive in Berlin: in Handwerk und Industrie, in Forschung und Wissenschaft. Das immer weiter abgesunkene Leistungsniveau in den Schulen muss wieder angehoben werden, z.B. durch anspruchsvollere zentrale Prüfungen. Denn die Schule soll auf die Lebensrealität vorbereiten.

Die Berliner Schulen sind seit Jahrzehnten Experimentierfelder unzähliger ideologisch motivierter Reformversuche. Endlose Strukturdebatten bringen unsere Bildungseinrichtungen nicht voran. Unsere Schulen müssen aber national und international konkurrenzfähig werden. Berlins Schülerinnen und Schüler verdienen die beste Bildung.

Der vielerorts erbärmliche Zustand öffentlicher Schulen macht deutlich: es fehlt der Politik der Respekt vor der Zukunft kommender Generationen. Die schulische Infrastruktur muss dringend modernisiert werden. Der bestehende Sanierungsstau soll bezirksübergreifend nach Dringlichkeit innerhalb von 10 Jahren abgearbeitet werden.

Zukünftig sichert die Politik die Finanzierung und setzt Rahmen und Standards für vielfältige Angebote und Profile, um eine breite Bildungslandschaft für die Schüler mit ihren unterschiedlichen Begabungen und Interessen bereit zu halten. So können die Praktiker vor Ort Verantwortung für ihre Bildungseinrichtung übernehmen.

Schulen in die Freiheit entlassen – Der Weg zur Bürgerschule

Damit alle Schulen auf die individuellen Bedürfnisse der Schüler eingehen, ihre Stärken in einem fairen Wettbewerb entfalten und vielfältige pädagogische Angebote machen können, wollen wir ihnen mehr Freiheit einräumen:

- Die pädagogische und didaktische Umsetzung der Rahmenpläne liegt in der alleinigen Verantwortung der Schulen. Zentrale Prüfungen gehören ebenso zum verbindlichen Rahmen wie die Vermittlung von Wissen und Grundkompetenzen.

- Alle Schulen erhalten ein Budget, das über Schülerkostensätze ermittelt wird. Sie entscheiden eigenverantwortlich über ihren Haushalt. Die Kontrolle erfolgt über die Aufsichtsbehörde.
- Schulen erhalten die Möglichkeit, ihr Personal eigenverantwortlich auszuwählen.
- Sowohl Schulen in freier Trägerschaft als auch öffentliche Schulen können das Konzept der Freien Bürgerschule umsetzen. Schulen in freier Trägerschaft verzichten dabei jedoch auf eigene Einnahmen durch Schulgeld.
- Das Budget einer Schule definiert sich in Zukunft nach dem Prinzip „Geld folgt Schülern“ über Schülerkostensätze.
- Schulen, die selbstständig und eigenverantwortlich arbeiten, übernehmen nach und nach mehr Aufgaben. Daher wollen wir der pädagogischen Schulleitung zukünftig zusätzlich Fachleute für Verwaltungsmanagement zur Seite stellen.

Beste Bildung für Berlin

Die schulische Infrastruktur muss dringend repariert und modernisiert werden. Dreckige Klassenräume, stinkende Toiletten, kaputte Dächer, bröckelnder Putz und andere Bauфälligkeiten müssen zügig beseitigt werden. Die Freien Demokraten werden diesen Missstand schnell, unbürokratisch und kurzfristig angehen. Jede Schule erhält ab sofort ein freies Budget von 15.000 Euro pro Jahr, um akute Missstände schnell und unbürokratisch zu beseitigen.

Schülerinnen und Schüler haben ein Recht auf Unterricht. Daher geben wir den Berliner Schülern und Eltern eine Unterrichtsgarantie. Wir fordern die Erhöhung des Personalkostenbudgets zur ausschließlich zweckgebundenen Finanzierung von Vertretungsunterricht. Die Schulleitung entscheidet unbürokratisch über die Einstellung von Lehrerinnen und Lehrern.

Wir werden die Übergänge von der Kita über die Grundschule bis in die jeweilige Oberschule vereinfachen. Jede Schule kann frei gewählt werden. Die Ganztagsbetreuung muss weiter ausgebaut werden. Dabei muss für die Schulen die Möglichkeit geschaffen werden, verstärkt mit Institutionen wie Musikschulen und Sportvereinen zusammen zu arbeiten.

Einzugsbereiche von Grundschulen werden wir bezirksübergreifend abschaffen, das Losverfahren und die Wahlmöglichkeit bei Aufnahmen in die gewünschten Oberschulen wird einfacher und transparenter gestaltet werden.

Die Durchlässigkeit zwischen den Schulformen muss gewährleistet werden, damit der Wechsel zwischen den vorhandenen Schulformen gesichert ist.

Die Transparenz über den Bildungserfolg jeder Schule wird durch die Veröffentlichung der Ergebnisse hergestellt.

Bildung ist ein Grundrecht. Dies gilt auch für Flüchtlinge. Kinder und jugendliche Flüchtlinge sollen schnellstmöglich in das Bildungssystem integriert werden und zwar von der Grundschule bis zur Hochschule und Ausbildung. Wichtigste Punkte dabei sind das Erlernen der deutschen Sprache und die lebensnahe Vermittlung der Verfassungswerte. Berliner Schulpläne sollen die Vielfalt der Hauptstadt realistisch vermitteln. Hierzu müssen auch sexuelle Orientierung und Identität fachübergreifend, insbesondere in Schulbüchern

berücksichtigt werden, statt nur ein heteronormatives Gesellschaftsbild zu vermitteln. Wir fordern verpflichtende Fortbildungen für Lehrer und Schulleiter zur Sensibilisierung für den Umgang und die Vermeidung von Gewalt gegenüber Schülerinnen und Schülern, aber auch gegenüber und zwischen Kolleginnen und Kollegen. Diese Fortbildungen sollen auch dazu dienen, homophobes Verhalten an der Schule zu erkennen und ihm zu begegnen. Gleichzeitig müssen Schülerinnen und Schülern vermehrt Kenntnisse im Bereich der Konfliktlösung und Gewaltprävention vermittelt werden. Die Zahl von Sozialarbeitern und Schulpsychologen muss erhöht werden, um einen flächendeckenden Einsatz gewährleisten zu können.

Die Berliner Freien Demokraten fordern, die Arbeitsweise, Sprache, Kultur und politische Struktur der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten stärker als bisher im Schulunterricht zu behandeln. In den Schulen sollen verstärkt innereuropäische Austauschprogramme angeboten und beworben werden.

Wir wollen das Fach Wirtschaft & Politik in den Lehrplänen der Sekundarschulen, OSZs und Gymnasien einführen und dort fest verankern, ebenso wie wir den Unternehmergeist durch Entrepreneurship Education in die Schulen holen wollen.

Willkommensklassen, die zur Integration von Flüchtlingen einen wichtigen Beitrag leisten, dürfen nicht zu Regelklassen umgewandelt werden, um Schüler und Lehrer bei der Integration nicht zu überfordern.

Frühkindliche Bildung

Frühkindliche Bildung erhöht die Chancengerechtigkeit für Kinder. So werden Grundlagen für eine erfolgreiche Integration in die Gesellschaft geschaffen. Wir werden daher sicherstellen, dass Kindertagespflege, Kitas und weitere Angebote sich nicht nur der Betreuung, sondern vor allem der frühkindlichen Bildung verpflichten. Sie erfüllen gemeinsam mit den Schulen eine integrative Aufgabe. Der Betreuungsschlüssel an Berliner Kitas muss dementsprechend angepasst werden, damit Lehrerinnen und Lehrer ihren pädagogischen Aufgaben ohne Hindernisse und dauernde Überbelastung nachkommen können.

Ohne Sprachverständnis kann kein Kind, gleich welcher Herkunft, erfassen, was ihm Schulbildung vermittelt. Sofern Sprachdefizite festgestellt werden, besteht die Pflicht, eine frühkindliche Bildungseinrichtung mindestens in den letzten zwei Jahren vor Schulbeginn zu besuchen.

Grundschule

Die Eltern sollen selbst entscheiden, auf welche Schule sie ihr Kind schicken. Die Einschulungsbereiche sollen bezirksübergreifend aufgehoben werden. Die Bezirke sind aufgerufen, sich über ein berlinweit einheitliches und unbürokratisches Vergabeverfahren zu verständigen.

Zu Beginn der Schulzeit sollen Zielvereinbarungen zwischen Schule und Eltern abgeschlossen werden, die die Aufgaben beider Seiten klar definieren. Das hilft, Eltern ihre besondere Verantwortung und ihre Möglichkeiten bei der Förderung ihres Kindes zu verdeutlichen.

Wir wollen die MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) durch Fachlehrer und bessere Ausrüstungsstandards in den Klassen 5 und 6 stärken.

Die Unterrichtsfächer Geschichte, Geografie und Politische Bildung/Sozialkunde sollen in den Klassen 5 und 6 weiterhin Bestand haben. Die Zusammenfassung zum Fach „Gesellschaftswissenschaften“ in den Grundschulklassen 5 und 6 lehnen wir ab. Neben den klassischen Schulfächern ist verstärkt auch auf bisher vernachlässigte Wirtschafts- und Medienkompetenzen hinzuarbeiten.

Sekundarschule

Wir wollen die Berufsorientierung und Berufsberatung in den Schulen verbessern. Dazu wollen wir im Fach „Wirtschaft-Arbeit-Technik (WAT)“ stärkere Kooperationen mit Unternehmen und Selbstständigen, um praxisbezogene Kenntnisse zu vermitteln. Eine Leistungsorientierung gilt auch an der ISS, eine Wiederholung der Klasse soll möglich sein, wenn es pädagogisch sinnvoll ist. Jede Sekundarschule soll selbstständig entscheiden, ob und wie sie eine Sekundarstufe II anbietet und ob diese als Abschluss das Fachabitur oder als gymnasiale Oberstufe das Abitur anbietet. Das Abitur über die Sekundarschule ist nach 13 Jahren zu erhalten.

Gymnasium

Für uns sind Gymnasien ein wichtiger und unverzichtbarer Pfeiler des Bildungsangebots. Das langsame Ausbluten der Gymnasien durch CDU, SPD, Grüne, Linke und Piraten, gerade auch durch unterlassene Baumaßnahmen, Hürden für grundständige Gymnasien und schlechte Ausstattung bei Personal und Sachausstattung darf so nicht weitergehen. Die Benachteiligung der Gymnasien durch niedrigere Schülerkostensätze (d. h. weniger Geld pro Schüler) gegenüber der Sekundarschule wollen wir abschaffen.

Grundständige Gymnasien sollen die Möglichkeit erhalten, ein eigenständiges Profil zu entwickeln. Die Zulassung zum Gymnasium darf nicht wie bisher vom Losverfahren und damit vom Losglück abhängen. Wir wollen Schülern den Besuch des Gymnasiums ab der 5. Klasse ermöglichen, da der Besuch der 5. und 6. Klasse am Gymnasium systematischer auf das Abitur nach 12 Schuljahren vorzubereiten vermag. Die Entscheidung einer Schule, sich in ein grundständiges Gymnasium umzuwandeln, soll letztendlich den Schulen vorbehalten bleiben.

An Berliner Gymnasien erfolgt das Abitur generell nach 12 Jahren. Dementsprechend sind diese Schulen personell auszustatten – die Lehrpläne in der Sekundarstufe müssen entsprechend angepasst werden. Wenn Schüler, Eltern und Lehrer in der Schulkonferenz eines Gymnasiums beschließen, das Abitur nach 13 Schuljahren zu ermöglichen, soll der Senat dies genehmigen.

Die Schulen im Zeitalter der Digitalisierung

Viele Schulen leben noch in der „Kreidezeit“.

Jede Schule soll einen W-LAN Zugang bekommen. Grundkenntnisse über den Umgang mit Medien müssen bereits früh ein Bestandteil des Unterrichts sein, um zielgerichtet Medienkompetenz zu erwerben.

Es soll zum Standard werden, dass Schülerinnen und Schüler sich mit ihren Lehrerinnen und Lehrern in fachlichen Fragen über speziell darauf ausgerichtete Lernplattformen austauschen können.

Neben den klassischen Schulbüchern muss es allen Schülerinnen und Schülern möglich sein, ihre Schulbücher auch in digitaler Form über ein Tablet zu nutzen. Damit werden vielfältige Lernmethoden über digitale Medien erschlossen. Lehrerinnen und Lehrer sollen dementsprechend fort- und weitergebildet werden.

Die Schreibschrift bleibt trotz Digitalisierung wichtiger und elementarer Bestandteil der schulischen Bildung.

Inklusion

Wir wollen das Konzept der Inklusion, des gemeinsamen Unterrichts von Schülern mit und ohne Behinderungen, zum Erfolg führen. Deshalb treten wir für tatsächliche Wahlfreiheit durch die Eltern ein. Wir wollen einerseits inklusive Angebote so fördern, dass Kinder mit und ohne Handicap sie wahrnehmen können. Gleichzeitig bleiben erfolgreich arbeitende Förderschulen erhalten. Die Eltern sollen im Dialog mit Lehrkräften entscheiden, welches Angebot ihr Kind nutzen soll. Inklusionsklassen müssen durch technische sowie personelle Ausstattung auf die Art des tatsächlichen Bedarfs abgestimmt werden. Die individuelle Förderung der Kinder mit Förderbedarf wollen wir über ein zusätzliches Budget verbindlich regeln. Durch die komplexere Aufgabe der Betreuung von einem oder mehreren Kindern mit Inklusionshintergrund muss die Klassengröße auf ein dem Lernerfolg zuträgliches Maß reduziert werden.

Begabtenförderung

Hochbegabte Kinder wollen wir konsequent fördern. In ergänzenden Kursen und Arbeitsgruppen sollen besondere Lernangebote gemacht werden („Enrichment-Konzept“).

Die Diagnosefähigkeit der Lehrerinnen und Lehrer an Grundschulen muss gestärkt werden. Wir Freie Demokraten fordern den Berliner Senat auf, jedem Kind, das den Test für eine Schnell-Lerner-Klasse bestanden hat, einen entsprechenden Schulplatz zur Verfügung zu stellen. Dabei sollten die Schulen die Möglichkeit erhalten, bei Bedarf weitere Schnell-Lerner-Klassen an ihrer Schule einzurichten.

Wir wollen auch Kinder und Jugendliche, die über eine praktische Begabung verfügen, fördern. Deshalb wollen wir uns in der Berufsschule für eine starke, individualisierte Förderung einsetzen und daher praktisch besonders begabten Berufsschülern die Möglichkeit bieten, zusätzliche Kurse zu besuchen, die es ihnen ermöglichen, ihre Talente zu nutzen.

Beste Lehrer für Berlin

Die Lehrerausbildung soll in den Universitäten in einer eigenständigen Einrichtung zusammengefasst werden. Fortbildungen sollen auch im Bereich Schulmanagement für Leitungskräfte erfolgen. Wir fordern, Lehrerinnen und Lehrern angemessene Fortbildungen und Supervisionen außerhalb der Unterrichtszeit zu ermöglichen und ggf. zu finanzieren.

Seite 17

Wir wollen, dass schon Bachelorabsolventen im Lehramtsstudium künftig als Schulassistenten eingesetzt werden können.

Eine Verbeamtung von Lehrkräften lehnen wir ab, denn das Berufsbeamtentum ist mit unserer Vorstellung von eigenverantwortlichen und flexiblen Schulen nicht vereinbar.

Den angestellten Lehrerinnen und Lehrern wollen wir in Berlin attraktive Arbeitsbedingungen bieten: moderne Arbeitsplätze in der Schule, Leistungsanreize, eine flexible Arbeitszeitregelung und weniger Bürokratie sind wichtige Schritte, um Berlin als Arbeitsplatz für Lehrer attraktiv zu gestalten.

Wir wollen Schulen und Hochschulen für die Lehrerausbildung besser vernetzen, damit Lehramtsstudierende früher und intensiver Erfahrungen im Schulalltag sammeln können.

Die Personalausstattung der Schulen muss auf 110% angehoben werden. Nur so kann sichergestellt werden, dass der Vertretungsbedarf an Berliner Schulen gedeckt werden kann.

Ausbildung

Die deutsche duale Ausbildung ist ein Vorbild in der Welt. Berufsorientierung und -beratung wollen wir durch ein vermehrtes und früheres Angebot in den Schulen verbessern, um die Vielfalt von über 300 Ausbildungsberufen frühzeitig aufzuzeigen. So wird den Schülerinnen und Schülern die gezielte Qualifizierung für ihren Wunschberuf erleichtert.

Die Durchlässigkeit zum Hochschulsystem nach erfolgreicher Berufsausbildung wollen wir verbessern. Dazu werden wir Aus-, Fort- und Hochschulbildung besser verzahnen, um qualifizierten Absolventinnen und Absolventen Weiterbildungschancen zu eröffnen.

Wir wollen zudem, dass neben dem ERASMUS-Studentenaustauschprogramm auch der europäische Austausch in beruflichen Aus- und Weiterbildungsgängen intensiv beworben wird.

Außerschulische Bildung

Die Ausstattung der bezirklichen Bildungseinrichtungen (VHS und Musikschulen) ist so sicher zu stellen, dass diese ihrem Bildungsauftrag im Rahmen der vorgegebenen Standards nachfrageorientiert gerecht werden können. Sie sollen die ihnen zugewiesenen Haushaltsmittel eigenverantwortlich verwalten. Schülerwartelisten sind inakzeptabel und sind daher zügig abzubauen.

Mitsprache von Schülern und Eltern

Auch Schulen in freier Trägerschaft sollen in Elternvertretungen, Schülerausschüsse und Jugendparlamente auf Bezirks- und Landesebene Vertreter mit Stimmrecht entsenden dürfen. Die Verweigerung des Stimmrechts stellt eine nicht gerechtfertigte Benachteiligung freier Schulen dar. Das Schulgesetz ist entsprechend anzupassen.

Wissenschaft und Hochschule

Bildung braucht mehr Bezug zur Praxis und weniger Sonntagsreden. Lust auf Neues, die Neugierde der Lernenden bringt nicht nur Wissenschaft und Forschung voran. Sie eröffnet

auch Entwicklungsräume für neue Ideen, Produkte und Arbeitsplätze. Bildung und Wissenschaft leben von der Überzeugung, dass mehr Wissen neue Chancen eröffnet. Die Wissensgesellschaft weiß, dass die Explosion des Wissens neue Energien und damit Möglichkeiten freisetzt. Sie lebt und profitiert vom Mut zum Aufbruch und zur Veränderung, den unsere Gesellschaft auch auf dem Weg in die Zukunft braucht.

Die Hochschul- und Wissenschaftslandschaft in der Metropolregion Berlin lebt durch ihre Vielfalt – die Vielfalt der Fächer und der Hochschulen. Wir möchten die Eigen- und Selbstständigkeit der Hochschulen ausbauen. Sie werden durch unnötige Regulierungen und zur Durchsetzung politischer Ziele durch die Senatsverwaltung gegängelt. Beispielsweise sollen Hochschulen Berufungen von Professorinnen und Professoren eigenständiger durchführen und über die Höhe von Leistungszulagen selbstständiger entscheiden können. Statt Verwaltungsvorschriften sollen wieder die Qualität der Forschung und insbesondere auch der Lehre im Vordergrund stehen. Hochschulen müssen darüber hinaus in die Lage versetzt werden, flexibel und angemessen auf internationale Bedingungen und Entwicklungen bei der Vergütung und Nebenabreden zu reagieren.

Hochschulfinanzierung

Wir fordern eine solide Grundfinanzierung der Hochschulen für geeignete Rahmenbedingungen wie z.B. bessere Ausstattung, ausreichende Lehrveranstaltungen, gut ausgestattete Bibliotheken, angemessene Arbeitsplätze für Studierende und Tutoren. Die kontinuierliche Sanierung aller Standorte ist sinnvoll, sonst wächst der Kostenberg kontinuierlich.

Die Mittelvergabe des Landes muss nach klaren Kriterien erfolgen, die sich auf die Leistung in Forschung und Lehre beziehen. Dafür sollen die aus dem BAföG freiwerdenden Mittel, die das Land Berlin nicht mehr für das BAföG bereitstellen muss, eingesetzt werden. Die einzelnen Hochschulen sollen die Mittel jeweils in einer Gesamtsumme erhalten, über die sie im Rahmen ihrer Leistungsvorgaben verfügen können.

Wir fordern, den Hochschulen in der Lehre vor allem auf der Basis des Prinzips GefoS („Geld folgt Studierenden“) Mittel zur Verfügung zu stellen. Wenn Studierende sich für eine Hochschule entscheiden, entscheiden sie damit auch über den Zufluss von angemessenen Mitteln und stärken unmittelbar die Hochschule ihrer Wahl.

Dieses Prinzip soll gleichermaßen für staatliche und private Hochschulen gelten. Der Staat soll die Bildung junger Menschen finanzieren, unabhängig von der staatlichen oder privaten Trägerschaft der Einrichtung. Daher wollen wir private Hochschulen in das „Geld folgt Studierenden“-Modell einbeziehen und sie finanziell den staatlichen Hochschulen gleichstellen.

In den Hochschulverträgen wollen wir uns gemeinsam mit den Hochschulen auf Ziele, insbesondere bei der angebotenen Anzahl von Studienplätzen einigen. Damit wollen wir mit den Hochschulen auch die Voraussetzungen schaffen, dass studierfähige Flüchtlinge mit einer Bleibeperspektive in Deutschland ihr Studium in Berlin aufnehmen oder fortsetzen können. Bildung ist der beste Weg zur Integration in unsere Gesellschaft und

der beste Weg, die gegenwärtige Herausforderung der Zuwanderung in das Wirtschaftswachstum der Zukunft zu wandeln.

Das Institut für angewandte Forschung Berlin (IFAF) soll in die Einstein-Stiftung überführt und dort als eigenständige Förderlinie für anwendungsorientiert forschende Hochschulen fortgeführt werden.

Studienfinanzierung

Die Freien Demokraten setzen sich dafür ein, dass die finanzielle Situation des Einzelnen oder seiner Familie keinen Einfluss auf die Studienentscheidung und den Studienerfolg hat. Wir fordern ein elternunabhängiges BAföG, das sich an den Bedürfnissen des jeweiligen Studierenden orientiert und nach dem Verlassen der Hochschule und nach sozialen Kriterien (wie z.B. einem Mindesteinkommen) zurückgezahlt werden muss. Gleichzeitig wollen wir das neue BAföG-Modell durch eine erhöhte Zahl an leistungsbezogenen Stipendien ergänzen. Wir werden dazu sowohl Initiativen auf Bundesebene anstoßen als auch auf Landesebene Modelle entwickeln und umsetzen. Des Weiteren setzen wir uns für die Weiterführung und den weiteren Ausbau des Deutschlandstipendiums ein. Autonome Hochschulen sollen unabhängig in Rahmen ihrer Selbstorganisation entscheiden, ob sie zusätzlich nachgelagert Studiengebühren als ergänzende Finanzierung erheben.

Lehren und Lernen an der Hochschule

Wir setzen uns dafür ein, dass sich das Betreuungsverhältnis an den Hochschulen verbessert und Studiengänge für Studierende flexibler gestaltet werden. So sollen für das Lehren und Lernen an den Hochschulen die Möglichkeiten des E-Learnings als Verbindung von Präsenzveranstaltungen und computergestützten Lehrangeboten verstärkt genutzt werden. Das ist eine der Möglichkeiten, wie wir den Zugang zur Hochschule für Menschen mit Beeinträchtigungen, mit pflegebedürftigen Angehörigen, für Menschen ohne familiären akademischen Hintergrund und andere verbessern möchten. Um das Lernen individueller gestalten zu können, fordern wir, dass in der Hochschulstadt Berlin mindestens eine 24-Stunden-Bibliothek pro Universität eingerichtet wird, die an sieben Tagen in der Woche geöffnet hat.

Um die Qualität der Lehre und deren Bedingungen zu optimieren, braucht es auch ein verbindliches, an der pädagogischen Praxis orientiertes Qualifizierungsprogramm für alle Lehrenden.

Anstellungsverhältnisse von Wissenschaftlern und Akademischem Mittelbau

Die Belastungen des akademischen Mittelbaus und die Anforderungen an ihn sind hoch. Um die Situation zu verbessern und die Lehrfähigkeit auszubauen, sollen breitere und differenziertere Angebote zur Weiterbildung in der Hochschuldidaktik angeboten werden. Tenure-Track-Programme nach dem Münchener Vorbild sollen ausgebaut, also die Berufung vielversprechender wissenschaftlicher Talente mit einem zeitlich befristeten Vertrag und der gleichzeitigen realistischen Aussicht auf eine Stelle auf Lebenszeit gefördert und Übergänge vom Mittelbau zu Professuren erleichtert werden. Dabei sollen die Hochschulen Wissenschaftlern individuell ermöglichen können, ihrer Lehrverpflichtung flexibel nachzukommen. Die Lehrverpflichtung soll beibehalten werden, um so

sicherzustellen, dass weiterhin genügend Lehrangebote an den Hochschulen bestehen. Wir haben nicht zu viele, sondern zu wenige Lehrangebote. Wichtig ist, dass die Einheit von Forschung und Lehre innerhalb einer Hochschule gewahrt wird, aber nicht zwangsweise bei jeder Professur.

Wir werden uns für einen eigenständigen Wissenschaftstarifvertrag für einen hochdynamischen Arbeitsmarkt einsetzen. Dadurch schaffen wir die Voraussetzungen für ein eigenständiges Tarif- und Vergütungssystem für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, wissenschaftlichen Nachwuchs und wissenschaftlich-technisches Personal. Ebenfalls werden wir uns für eine sinnvolle Reform des Wissenschaftszeitvertrages einsetzen, die weder Studierende gängelt noch Professuren verhindert. Wir denken wissenschaftliche Karrieren von Anfang an: Vom Job als studentische Hilfskraft über das Promotionsangebot mit guter Betreuung bis zur Professur. Wir Freien Demokraten sehen aber auch, dass nicht jeder Studierende eine Professur antreten kann – deswegen ist es wichtig, Absolventen auf den Arbeitsmarkt außerhalb der Hochschulen vorzubereiten, gemeinsam mit der Wirtschaft.

Medizinische Hochschule Charité

Die universitären Aktivitäten der Charité werden wir in eine Medizinische Hochschule in öffentlicher Trägerschaft überführen. Dieser wollen wir mehr wissenschaftliche und wirtschaftliche Freiheit durch Zielvereinbarungen einräumen, die die bisherige Detailsteuerung ersetzen. Dazu wird die neue Medizinische Hochschule einen eigenständigen Hochschulvertrag erhalten.

Exzellenzinitiative

Damit sich wissenschaftliche Exzellenz auch entfalten kann, braucht sie Freiräume. Zur Förderung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Forschung ist es notwendig, die Anzahl von Studierenden pro Professor an Universitäten/ Forschungseinrichtungen deutlich zu reduzieren. Dabei setzen wir uns für den Erhalt der durch die Exzellenzinitiative neu geschaffenen Strukturen an den Hochschulen ein, aber auch für eine stärkere Einbeziehung der Lehre. Dies gilt insbesondere für die Graduiertenschulen und Exzellenzcluster, die auf Bundesebene für die Berliner Hochschulen dauerhaft gesichert werden sollen. Die Vorschläge der sog. Imboden-Kommission, insbesondere in Bezug auf die dritte Förderlinie (Exzellenzprämie) halten wir für sachgerecht und werden uns für eine Umsetzung in diesem Sinne einsetzen.

Internationalisierung

Um verstärkt Studierende und Wissenschaftler aus aller Welt nach Berlin zu holen, ist Englisch als weitere Verkehrssprache in der Hochschulverwaltung überall an den Stellen anzubieten, an denen die Verwaltung direkt in den Kontakt mit Wissenschaftlern und Studierenden tritt. Ebenso sollen mehr englischsprachige Lehrveranstaltungen angeboten werden.

Wir wollen eine einfachere Anerkennungspraxis für im Ausland erbrachte Studienleistungen durch eine Umkehr der Argumentationslast: Grundsätzlich soll die Hochschule die im Ausland erbrachten Leistungen anerkennen, Fälle der Nichtanerkennung muss sie explizit begründen.

Gründungskultur an den Hochschulen

Wir sind stolz darauf, dass Berlin Gründerhochburg ist. Wir wollen diese Entwicklung weiter unterstützen und forcieren. Daher wollen wir die hochschulinterne Förderung von Gründungen und die Zahl von Ausgründungen als Bestandteil der Finanzierung der Hochschulen im Rahmen der Hochschulverträge verankern. Es bedarf einer intensiveren Förderung der MINT-Fächer, da eine starke naturwissenschaftliche Förderung die Entwicklung einer technologisch fortschrittlichen Gründerszene ermöglicht. Zudem sollen die Hochschulen Entrepreneurship-Programme stärker in den Fokus nehmen. Hochschulangehörigen soll es erleichtert werden, ihre wissenschaftlichen Erkenntnisse in marktgängige Innovationen umzuwandeln und dafür Unternehmen zu gründen. Hierfür sollen sie die Infrastruktur der Hochschulen auch in der Entwicklungsphase von Innovationen gegen eine angemessene Kostenbeteiligung nutzen dürfen.

Für Gründerinnen und Gründer aus dem wissenschaftlichen bzw. Hochschulbereich wollen wir die Möglichkeit von Sabbaticals (Freistellungen auf Zeit) für die Gründung von Unternehmen eröffnen.

Wohnen. Verkehr. Perspektive. Die wachsende Stadt entwickeln.

Wir verfolgen einen Ansatz für die Stadt- und Regionalentwicklung, der von einer ganzheitlichen Betrachtung und Steuerung der Entwicklung in der Metropolregion ausgeht. Dabei ist neben der städtebaulich-räumlichen auch die gesellschaftliche, wirtschaftliche, ökologische, soziale und kulturelle Entwicklung mit einzubeziehen.

Wir wollen die Stadtentwicklung Berlins auf ein weiteres Wachstum auf bis zu 5 Mio. Einwohnern im Jahr 2050 ausrichten. Hierfür müssen konkrete Planungen für die Bereitstellung von Wohnraum, Bildungseinrichtungen, Verkehrs- und Versorgungsinfrastruktur, Büro- und Gewerbeflächen, Erholung und Energieversorgung entwickelt werden.

Immobilien dienen den Menschen, ob als Wohnung oder Arbeitsplatz. Verbote, die die Nutzung von Immobilien beschränken, verkennen das Bedürfnis nach Flexibilität, die eine moderne Großstadt und die Share Economy erfordern. Vorschriften und Rechtsvorstellungen ohne einzelfallbezogene Genehmigungsmöglichkeiten sperren die Stadt in ein unflexibles Verbotsskorsett. Wir wollen die Bauvorschriften an die heutige Wohn- und Lebenswirklichkeit anpassen.

Die Freien Demokraten setzen sich für die Schaffung von Rahmenbedingungen ein, die eine dem rasanten Wachstumstempo entsprechende Planungs- und Realisierungsdynamik ermöglichen. Die Landesplanung muss eine klare Zielvorstellung verfolgen, die sich an den Bedürfnissen einer wachsenden Stadt und einer wachsenden Wirtschaft orientiert. Eine solche Vorgabe hat Signalcharakter nicht zuletzt für mögliche Investoren.

Der Berliner Senat muss im Dialog mit den Bezirken und Brandenburg einen Masterplan für die gesamte Metropolregion entwickeln. Er zeigt künftige Entwicklungspotenziale und

Nutzungsmöglichkeiten auf, definiert „Wachstumsachsen“ und legt die konkreten Anforderungen an die Infrastruktur fest.

Planung und Bürgerbeteiligung

Wir fordern mehr Transparenz und Verbindlichkeit in der Stadt- und Regionalentwicklung. Die Metropolregion braucht dazu eine interdisziplinäre, integrierte Stadt- und Regionalentwicklung, die moderne Managementmethoden nutzt.

Dazu gehört die Einführung moderner Projektmanagement-Strukturen für die landesweite Koordination der Flächenbereitstellung, des Wohnungsneubaus und von Industrieansiedlungen, die die Zersplitterung der Zuständigkeiten in der Verwaltung überwindet. Ebenso ist es wesentlich, die erforderlichen fachlichen Kompetenzen in der Verwaltung vorzuhalten.

Bei der Stadtplanung sind neue Möglichkeiten für eine breite Bürgerbeteiligung zu schaffen, um das Interesse der Bürgerinnen und Bürger an ihrer Stadt zu wecken und bei größeren Bauvorhaben deren frühzeitige Einbeziehung zu erreichen. Für die frühzeitige Mitwirkung der Bürger vor einer konkreten Planung, insbesondere bei der Diskussion wesentlicher Alternativen, sind die Beteiligungsmöglichkeiten auch durch Bereitstellung digitaler, über das Internet durch Bürger nutzbarer Plattformen auszuweiten.

Wir fordern eine planungsrechtliche Gesamtkonzeption, die für die gesamte Stadt endlich ein aktuelles, verlässliches und investitionsfreundliches Planungsrecht festsetzt. Das überkommene Planungsrecht des Baunutzungsplans 1958/60 für den Westteil der Stadt soll schrittweise durch diese neue zeitgemäße Planung ersetzt werden. Im Zuge dessen sind die weiteren Beteiligungsverfahren bei der Planung deutlich zu verkürzen. Auch in der Umsetzung, insbesondere von Großprojekten, ist eine deutliche Effizienzsteigerung und Beschleunigung erforderlich.

Um für ein hohes Maß an Transparenz zu sorgen, sollten in den Bezirken Informationsmöglichkeiten geschaffen werden, beispielsweise in Form von Infoboxen oder Ausstellungen mit Stadtteilmodellen und digitalen Informationsangeboten, z.B. 3D-Modellen.

Die Liegenschaftspolitik des Landes Berlin muss sich stärker an den stadtentwicklungspolitischen Zielen orientieren. Verkäufe von Liegenschaften des Landes Berlin sollen Bedingungen zur zukünftigen Nutzung enthalten, die sich nach den stadtentwicklungs- und wirtschaftspolitischen Zielen richten. Beim Verkauf städtischer Grundstücke hat die Umsetzung stadtentwicklungspolitischer Ziele Vorrang vor der Maximierung des Verkaufserlöses. Landeseigene Flächen sollen zügig für den Wohnungsbau bereitgestellt werden. Zudem sollen landeseigene Liegenschaften im Regelfall nur unter der Auflage eines Baubeginns binnen fünf Jahren vergeben werden.

Wir fordern ein öffentlich einsehbares Kataster, aus dem Baulücken und die Flächen im öffentlichen Besitz ersichtlich sind.

Konkrete Projekte

Für den historischen Kern unserer Stadt müssen ambitionierte Stadtplanungen entwickelt werden, statt den öden Ist-Zustand zu bewahren. Wir streben in diesem Bereich eine

Bebauung innerstädtischer Dichte an. Dabei sind die bestehenden Spuren der Stadtgeschichte und frühere Stadtgestaltungen zu berücksichtigen.

Berlin soll ein Labor der Baukultur mit weltweiter Ausstrahlung werden. Wir setzen uns für die Durchführung eines internationalen Wettbewerbs ein, in dem Stadtplaner und Architekten aus aller Welt Ideen und Visionen für die künftige Entwicklung Berlins entwickeln und einer breiten Öffentlichkeit zur Diskussion stellen können.

Wir wollen ein gesamtstädtisches Konzept entwickeln, das geeignete Gebiete für eine Hochhausbebauung festlegt.

Wir setzen uns dafür ein, den Messe- und Kongressstandort Berlin zu stärken. Für die Umgebung von Messe und ICC muss deshalb zügig ein städtebaulicher Plan entwickelt werden, der auch die Neugestaltung des Zentralen Omnibusbahnhofs einbezieht und den zusätzlichen Flächenbedarf der Berlin Messe von ca. 100.000 m² berücksichtigt. In diesem Zusammenhang sollten auch Möglichkeiten zur Überbauung von Verkehrsflächen genutzt werden.

Die Brache des Kulturforums zwischen Staatsbibliothek und Philharmonie muss endlich eine einladende und attraktive Umgebung bieten. Wir fordern deshalb eine städtebauliche Gestaltung, die dafür sorgt, dass das gesamte Areal durch den Neubau des Museums der Moderne an Attraktivität gewinnt. Dabei ist auch die einmalige Chance zu nutzen, eine herausragende „neue Architektur für Neue Kunst“ für den Museumsbau zu entwerfen.

Angemessenes Wohnungsangebot durch Neubau

Die sich abzeichnende starke Verknappung von Wohnungsangeboten ist das Resultat einer seit Jahrzehnten verfehlten Wohnungspolitik in Berlin. Marktmechanismen von Angebot und Nachfrage gelten auch für Wohnraum. Wichtigstes Ziel in einer wachsenden Stadt ist es daher, das Schaffen eines ausreichenden Wohnungsangebotes zu ermöglichen.

Wir wollen in der Region ein Wohnungsangebot ermöglichen, das dem gewünschten Wachstum der Region und dem kontinuierlichen Zustrom an Neuberlinern angemessen ist. Als Freie Demokraten setzen wir uns für ein vielfältiges Nebeneinander unterschiedlicher Konzepte und Lösungsansätze im Berliner Wohnungsmarkt ein, in dem das Angebot an Wohnraum quantitativ und qualitativ alle Preissegmente und Zielgruppen bedienen sollte. Daraus kann und darf jedoch kein Anspruch auf preiswerten Wohnraum in jedem Quartier abgeleitet werden.

Engpässe auf dem Wohnungsmarkt gibt es vor allen Dingen innerhalb des S-Bahnringes. Hier ist das Angebot gleichermaßen durch Neubau und den Aus- und Umbau bestehender Gebäude voranzutreiben. Dabei wollen wir die gezielte Verdichtung von Wohnquartieren ermöglichen, indem unbürokratisch Aufstockungen und Umnutzungen von Dachgeschossen zu Wohnraum ermöglicht werden. Nur durch private Investitionen kann schnell eine spürbare Entlastung des Wohnungsmarkts erreicht werden. Diese dürfen deshalb nicht ausgebremst werden.

Weiterhin setzen wir uns dafür ein, die Eigentumsquote zu erhöhen. Der Neubau von Eigentumswohnungen entlastet den Mietermarkt und sichert langfristig stabile

Wohnkosten. Die FDP unterstützt Zusammenschlüsse mehrerer privater Bauherren nach dem Modell der Genossenschaften und Bauherrengemeinschaften.

Die Grunderwerbssteuer ist wieder auf 3,5 Prozent zu senken. Um den privaten Wohneigentumserwerb nicht unnötig zu belasten, sollte eine Grunderwerbsteuer-Freigrenze von 500.000 Euro eingeführt werden.

Möglichst viele Menschen sollen sich den Wunsch nach Eigentum erfüllen können. Ein Verbot der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen lehnen wir ab, auch der Mieter soll sich seine Wohnung kaufen können.

Wir lehnen die Ausweisung weiterer Milieuschutzgebiete ab und wollen die bestehenden abschaffen.

Berlin als ausgeprägte Mieterstadt erfordert mehr bezahlbaren Wohnraum. Trotzdem werden nicht alle Berlinerinnen und Berliner in allen Lebenslagen ihren benötigten Wohnraum selbst bezahlen können. Wir halten es politisch für geboten, in Not befindliche Menschen zu unterstützen, statt hohe Summen an öffentlichen Subventionen für überteuerten Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen. Subjekt- statt Objektförderung lautet die Devise.

Aufgrund der anhaltend positiven Bevölkerungsentwicklung brauchen Berlin sowie das Berliner Umland mehr Neubau. Die Bereitstellung von ausreichendem Wohnraum und eine Begrenzung der Mieten kann nur durch eine erhebliche Ausweitung des Neubauvolumens erreicht werden. In den kommenden Jahren sind jährlich mindestens 20.000 und mehr Wohneinheiten erforderlich.

Um Wohnungsbauvorhaben voranzubringen, bedarf es (wie auch im gewerblichen Bereich) einer stärkeren Bündelung der öffentlich-rechtlichen Planungskompetenzen sowie einer verbesserten Kooperation zwischen öffentlichen und privaten Akteuren. Entscheidend ist eine zügigere Vergabe von Baugenehmigungen auf einer verlässlichen, für jedermann einsehbaren Grundlage. Verkäufe von Liegenschaften des Landes Berlin sollten Bedingungen zur zukünftigen Nutzung enthalten, die sich nach den stadtentwicklungs- und wirtschaftspolitischen Zielen richten. Eine Umwidmung von Gewerbegebieten in Mischgebiete kann dort erfolgen, wo es die Entwicklung der gewerblichen Wirtschaft nicht beeinträchtigt. Dies gilt besonders für stillgelegte Gewerbeflächen.

Wir setzen auf Verbesserung und sind deshalb grundsätzlich gegenüber Bau- und Entwicklungsvorhaben positiv eingestellt. Neinsager hat Berlin genug.

Wohnkosten senken

Die „Mietpreisbremse“ lehnen wir ab. Zum einen bremst sie keine Miete, zum anderen bremst sie die dringend benötigten Investitionen, um neuen Wohnraum zu schaffen. Sie erzeugt zusätzliche Bürokratie. Sie ist ein Ausweis einer gescheiterten Wohnungsbaupolitik.

Der Kauf von Wohnungsbeständen durch die öffentliche Hand entspannt den Wohnungsmarkt nicht, da die Anzahl verfügbarer Wohnungen dadurch nicht erhöht wird.

Im Gegenteil: So werden nur die Kaufpreise künstlich in die Höhe getrieben. Wie lehnen deshalb diese Aufkaufpolitik ab.

Wir wollen preiswerteres Bauen ermöglichen, um bezahlbare Mieten auch im Neubau zu erreichen. Dazu wollen wir Verordnungen entschlacken und unnötige verteuernde Auflagen streichen.

Die hohen Belastungen für Mieter und Immobilieneigentümer in Berlin durch die Kosten der Ver- und Entsorgung („zweite Miete“) wollen wir deutlich reduzieren. Dies betrifft vor allem die Entgelte für Wasser, Abwasser, Abfall, Straßenreinigung, Schornsteinfegerwesen und Fernwärme. Diese Leistungen wollen wir durch Ausschreibungen im Wettbewerb preiswerter erbringen lassen.

Energetische Sanierung darf nicht zum Dogma werden. Bauen und Sanieren darf nicht so teuer werden, dass die Kosten nur noch durch sehr hohe Mieten zu bezahlen sind. Auch für den privaten Eigenheimbau muss der Bau und Erhalt eines Hauses bezahlbar bleiben.

Großstadtverkehr

Mobilität ist ein Freiheitsrecht. Individuelle und barrierefreie Mobilität ist die Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Hier braucht es realistische Lösungen ohne ideologisches Wunschdenken.

Ein leistungsfähiges Verkehrssystem ist wesentliche Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt ebenso wie für die Lebensqualität der Menschen hier. Verantwortungsbewusste Verkehrspolitik blickt über die Stadt- und Bezirksgrenzen hinaus und nützt so den bereits ansässigen Betrieben.

Wir wollen die Wahlfreiheit jeder Bürgerin, jedes Bürgers bei der Auswahl der gewünschten Verkehrsmittel und deshalb den Wettbewerb der Verkehrsträger sicherstellen. Wir wollen die Verkehrssysteme auf die Nachfrage durch die Kunden ausrichten und lehnen jede anmaßende ideologisch motivierte Steuerung ab.

Wir wollen die einzelnen Verkehrsträger stärker miteinander verknüpfen und werden zum Beispiel ÖPNV-Car-Sharing-Projekte anregen. Park & Ride wollen wir durch zusätzliche P&R-Parkplätze ausbauen und die Anzahl von Fahrradparkplätzen an Bahnhöfen deutlich erhöhen.

Wir wollen Angebote zur intelligenten Optimierung des Wirtschaftsverkehrs schaffen, die helfen, die Transportleistung wirtschaftlicher und umweltfreundlicher zu erbringen und die Belastung der Verkehrssysteme zu verringern.

Ausbau Verkehrsinfrastruktur

Der Aus- und teilweise Neubau der Verkehrsinfrastruktur der Metropolregion ist dringend erforderlich. Mehr Beschäftigung in der Metropolregion setzt mehr Wachstum voraus, welches ohne moderne Verkehrsnetze nicht realisierbar ist.

Straßen

Straßen sind zentrale Lebensadern der Metropolregion. Statt laufende Verfahren zu verzögern, müssen finanziell gesicherte Maßnahmen rasch umgesetzt werden. Wir wollen

vorrangig den Weiterbau der Stadtautobahn A 100 beschleunigen und den Mittleren Autobahnring schließen. Die Tangentialverbindung Ost (TVO) schafft den erforderlichen Lückenschluss im östlichen Berliner Straßennetz und benötigt den vierspurigen Ausbau, um den absehbar zunehmenden Verkehr zu bewältigen.

Zusammen mit Carsharing-Unternehmen und kreativen Start-Ups wollen wir die Entwicklung von Konzepten anregen, die eine Ausweitung der Carsharing-Standorte durch die private Wirtschaft und deren Ankopplung an den öffentlichen Nahverkehr innerhalb des gesamten S-Bahn-Netzes ermöglichen. Dazu gehört auch ein Abo-Modell für die kombinierte Nutzung von ÖPNV und Carsharing-Angeboten.

Wir wollen Rahmenbedingungen schaffen, um die Potenziale alternativer Antriebssysteme, vor allem der Elektromobilität, zu entfalten und technologisch fortschrittliche neuartige Lösungen zu entwickeln. Dafür muss Berlin die Kreativität der hiesigen Gründerszene nutzen und im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern moderne Technologien und Mobilitätskonzepte vorantreiben.

Wir wollen für Radfahrerinnen und Radfahrer ein stadtübergreifendes zusammenhängendes Wegekonzept umsetzen. Dabei sind auch gesonderte Fahrradtrassen, so genannte „Fahrradschnellwege“, für die wichtigsten Fahrradverbindungen zu realisieren. Zur Entlastung des Verkehrsaufkommens und der Verbesserung des Verkehrsflusses, fokussieren wir auf die Zielsetzung einer „Grünen Welle“ bei Tempo 50 km/h. Ampelanlagen sind nachts ausschließlich an wichtigen Hauptverkehrsstraßen in Betrieb zu halten.

Wir blicken über den Tellerrand unserer Stadt hinaus in die Welt und treten für den Ausbau transeuropäischer Verkehrsnetze in Richtung östlicher Mitgliedstaaten wie Polen ein. Berlin soll hierbei als Drehkreuz zwischen Ost und West dienen, um das Zusammenwachsen der Region jenseits festgefahrener Ost-West-Grenzen zu fördern. Hierbei ist es von zentraler Bedeutung, dass Berlin aktiv Fördergelder einfordert, die für erfolgreiche Projekte wie z.B. das Autobahndreieck Havelland eingesetzt werden können.

Schiene und Öffentlicher Nahverkehr

Sowohl für den Güter- und erst recht für den Personenverkehr innerhalb der Metropolregion und über sie hinaus ist der bedarfsgerechte Ausbau der Bahnverbindungen unverzichtbar.

Im Einzelnen heißt das:

- Neben dem Ausbau der Strecke von Berlin nach Breslau ist auch die überfällige Elektrifizierung der Bahnverbindung Berlin – Stettin zu realisieren.
- Die Schienenanbindungen des Flughafens BER über die Dresdner Bahn an das Südkreuz und den Potsdamer Platz, den Bahnhof Gesundbrunnen und zum Hauptbahnhof sind zügig zu realisieren.
- Bei der Erweiterung des S-Bahn-Netzes ist die Anbindung von Falkensee vordringlich.
- Bereits vorhandene aber stillgelegte Bahntrassen, die später wieder Bedeutung erlangen könnten, sollen für eine zukünftige Nutzung offen gehalten werden.

Der barrierefreie Zugang zum öffentlichen Personennahverkehr muss gewährleistet werden. Dazu gehört insbesondere der barrierefreie Ausbau aller S- und U-Bahn-Stationen, damit diese von Menschen mit Behinderungen uneingeschränkt genutzt werden können. Gleichzeitig stellen wir sicher, dass ausgefallene Aufzüge für den Fahrgast erkennbar angezeigt werden (z.B. mit einer App).

Wir wollen auch im Berliner ÖPNV regelmäßig innovative Ideen ausprobieren. Dazu gehören flexible Busrouten, mobile Bezahlssysteme, nachfrageorientierte Preismodelle für öffentliche Parkplätze, Smartphone gestützte Parkleitsysteme sowie die Echtzeitverfolgung von Bussen und Bahnen und deren Sitzplatzbelegung. Wir wollen in Berlin die Voraussetzungen für den Einsatz automatisierter U- und S-Bahnen schaffen. Der ÖPNV muss verlässlich im Wettbewerb funktionieren. Wir wollen deshalb die S-Bahn in mehrere auszuschreibende Lose aufteilen, die im Wettbewerb an leistungsfähige Unternehmen vergeben werden. So bleiben Berlin regelmäßig wiederkehrende S-Bahn-Probleme durch Staatsmonopolisten erspart.

Ebenso wollen wir sowohl einzelne U-Bahn- und Straßenbahn-Strecken als auch Buslinien und Fährverbindungen ausschreiben. Dabei sollen niedrigere Kosten für die Bürgerinnen und Bürger, eine höhere Servicequalität (Frequenzen, Sauberkeit, Sicherheit) sowie eine hohe Umweltfreundlichkeit als Ziele vorgegeben werden. Das einheitliche Tarifsysteem im Stadtgebiet wollen wir dabei weiterhin erhalten.

Wir wollen neuen Anbietern von Transportleistungen ermöglichen, ihre Geschäftsmodelle für den Personen- und Güterverkehr unbürokratisch umzusetzen.

Im Interesse der Kunden setzen wir auf eine Liberalisierung des Taxi-Markts und wollen zusätzlichen Anbietern ermöglichen, neue Geschäftsmodelle für die gewerbliche Personenbeförderung zu verwirklichen. Dabei muss ein Rahmen von gleichen, fairen Regeln für alle Anbieter gesetzt werden. Das Personenbeförderungsgesetz muss reformiert und den heutigen technischen Möglichkeiten angepasst werden.

Luftverkehr

Berlin braucht einen international wettbewerbsfähigen Großflughafen.

Der BER-Airport muss durch ein professionelles, von politischer Einflussnahme unabhängiges Management schnellstmöglich und unter Vermeidung weiterer Kostenschübe fertiggestellt werden. Die bisherige Steuerung der Errichtung des BER durch die öffentlichen Gesellschafter Berlin, Land Brandenburg und Bund hat offensichtlich versagt. Da die anhaltenden Missstände beim BER weiterhin nicht aufgeklärt sind, setzen wir uns dafür ein, dass der BER-Untersuchungsausschuss in der nächsten Legislaturperiode neu aufgenommen wird.

Für die weitere Entwicklung der Metropolregion Berlin-Brandenburg ist es unbedingt erforderlich, als besonders stadtnahen Airport den Flughafen Berlin-Tegel auf Dauer in Betrieb zu halten. Die FDP hat ein Volksbegehren zur Erhaltung des Flughafens Tegel initiiert. Wir wollen nicht, dass die gesamte westliche Stadthälfte von der zügigen Erreichbarkeit eines Flughafens abgeschnitten wird. Aufgrund der jetzt schon erkennbaren Kapazitätsengpässe am zukünftigen BER ist auch nicht hinnehmbar, dass Berlinerinnen und Berliner künftig von Leipzig oder Rostock aus in den Urlaub fliegen

müssen. Beim Weiterbetrieb des Flughafens Tegel wollen wir einen Pilotbetrieb für neue Antriebs-, Mobilitäts- und Logistikkonzepte, z.B. Elektromobilität, Personen- und Lasttransportdrohnen ermöglichen. Zu einem Gesamtkonzept Verkehrsinfrastruktur Berliner Flughäfen gehört für uns auch die Anbindung der Flughäfen Berlin-Tegel und BER an das Berliner U-Bahn Netz.

Weitere Verkehrsträger

Wir sehen einen dringenden Bedarf für einen zusätzlichen Fernbus-Bahnhof im Ostteil unserer Stadt. Ein geeigneter Standort wäre – neben dem Südkreuz – der Ostbahnhof, jedoch sollen auch Alternativen geprüft werden, die über mehr Freiflächen verfügen wie etwa ein Standort am östlichen S-Bahn-Ring.

Wir wollen die Verkehrswege für Fußgänger und Radfahrer sicherer machen. Unfallschwerpunkte müssen konsequent ermittelt und durch bauliche und technische Maßnahmen entschärft werden.

Verkehrsinfrastrukturmanagement

Wir fordern eine landesweit für Instandsetzung und Neubau zuständige Infrastrukturgesellschaft, um künftig massive Überschreitungen von Kosten- und Zeitplänen bei öffentlichen Baumaßnahmen zu vermeiden. Es ist notwendig, das Management von Infrastrukturmaßnahmen zu straffen, um diese zuverlässig, zügig und kostengünstig umzusetzen. Dazu sind die betreffenden Funktionen des Senats und der Bezirke zu bündeln.

Der Zustand vieler Berliner Straßen ist ein endloses Ärgernis. Um dieses zu beenden, wollen wir die Instandhaltung der Verkehrsinfrastruktur von der reinen Schadensbehebung auf eine vorbeugende und werterhaltende Instandhaltung umstellen. Die Instandhaltungsplanung und die Priorisierung von Instandhaltungsmaßnahmen müssen sich direkt aus den Ergebnissen der jährlichen Straßenzustandserfassungen ableiten und dürfen nicht nur theoretisch am grünen Tisch geplant werden.

Eine Region, die im Stau steht, kann nicht wachsen. Wir wollen daher ein effizientes und effektives Baustellenmanagement für Berlin, damit Baustellen schnell und aufeinander abgestimmt abgewickelt werden können, und für das Baustellenmanagement geeignete IT- Lösungen einrichten und nutzen.

Die Berliner Verkehrslenkung muss umfassend neu organisiert und besser ausgestattet werden. Es darf nicht sein, dass genehmigte und finanzierte Baumaßnahmen nur aufgrund von Engpässen bei der Verkehrslenkung monatelang verzögert werden. Auch die Information der Öffentlichkeit über Änderungen in der Verkehrsleitung muss deutlich verbessert werden.

Wer Berlin bewegen will, muss dafür sorgen, dass die Menschen die Stadt erreichen und sich in ihr bewegen können. Fortschritt braucht Mobilität. Der Verkehr von Menschen und Maschinen, Gästen und Gütern, Daten und Dienstleistungen muss fließen, damit Berlin vorankommt.

Kultur. Kreativität. Wirtschaft. Die schöpferische Stadt stärken.

Berlin ist wegen seiner Kulturgeschichte, seiner kulturellen Vielfalt und seiner Internationalität durch seine Künstler, Orchester, Opernhäuser, Theater, Museen, Dirigenten, Designer, Architekten oder Fotografen eine der führenden Kulturmetropolen der Welt und ein Magnet für Kulturschaffende und Kreative aus aller Welt.

Die kulturelle Vielfalt als wesentlicher Teil der Attraktivität dieser Stadt darf nicht als selbstverständlich angenommen werden. Berlin muss eine der führenden Kulturmetropolen Europas und der Welt bleiben. Dieses Alleinstellungsmerkmal gilt es zu bewahren, fortzuentwickeln und zu fördern. Deshalb sind konkrete Maßnahmen zu ergreifen, die die Bedeutung der Kultur als wesentlichen Teil der Attraktivität unserer Stadt sicherstellen.

Staatliche Ausgaben für Kultur dürfen nicht als bloße Alimentierung des kulturellen Lebens verstanden werden. Sie sind vorrangig eine Investition in Bildung und zugleich eine Förderung des Tourismus als einer der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren der Stadt. Die Ausgaben für den kulturellen Sektor fließen somit um ein Vielfaches wieder in Form von Steuereinnahmen an den Staatshaushalt zurück.

Kulturelle Bildung

Wir wollen die Qualität und Quantität des Berliner schulischen Kunst- und Musikunterrichts deutlich verbessern. Wir fordern, dass dieser Unterricht endlich von ausgebildeten Fachlehrerinnen und -lehrern erteilt wird.

Wir fordern, dass jedem Kind die Chance eröffnet wird, ein Instrument zu lernen. Die Finanzierung sollte möglichst über Sponsoring oder Stiftungsarbeit geleistet werden.

Wir setzen uns dafür ein, Berlin als Standort für künstlerische Ausbildungen zu stärken. Dazu wollen wir die Lehre an den Berliner Hochschulstandorten so ausstatten, dass diese weltweit attraktiv bleiben.

Kulturförderung und -finanzierung

Die öffentlichen Mittel zur Kulturförderung müssen intelligent und verantwortungsvoll eingesetzt werden sowie Planungssicherheit schaffen. Hierfür braucht Berlin ein klares Konzept, das bestimmt, was auf welche Weise nach welchen Kriterien gefördert werden soll. Dazu sind zunächst die bisherigen Fördermodelle einer kritischen Sichtung und Bewertung zu unterziehen.

Eine Einmischung in künstlerische Inhalte und Programmatik von Kunst und Kultur über das Mittel der Kulturförderung lehnen wir strikt ab: Kunst ist frei und muss frei bleiben.

Wir fordern eine grundlegende Überprüfung der institutionellen und der Projektförderung. Auch hier müssen klare Kriterien für die Aufnahme und das Verbleiben in der institutionellen Förderung und Maßstäbe zur Überprüfung der sinnvollen Verwendung von staatlichen Mitteln gelten. Die Verwendung öffentlicher Fördermittel muss auch im Kulturbereich stets transparent belegt und auf ihre Effektivität hin überprüft werden.

Der Maßstab für eine Förderung kann nur die jeweilige kulturelle Qualität sein. Hierzu gehören neben dem künstlerischen Wert auch Parameter wie Einzigartigkeit, Zukunftsorientierung, innovative Kraft und Förderung der Imagebildung Berlins. Hierzu gehört auch, überlebte Institutionen zur Disposition zu stellen.

In diesem Zusammenhang ist auch die „quasi-institutionelle“ Förderung von vielen kulturellen Berliner Einrichtungen durch regelmäßige Projektförderung aus diversen Haushaltstöpfen in Zukunft entweder durch eine institutionelle Förderung zu ersetzen oder einzustellen. Eine versteckte institutionelle Förderung durch Schattenhaushalte wie die Lottogesellschaft Berlin oder den Hauptstadtkulturfonds muss beendet werden. Diese Mittel dürfen nur für gesondert definierte einzelne Projekte verwendet werden.

Wir wollen den Anteil ganz in privater Trägerschaft befindlicher und unternehmerisch geführter Kultureinrichtungen steigern. Wir fordern, dass in Kooperationen mit Eigentümern, vermehrt Flächen für Graffitis bereitgestellt werden.

Die Finanzierung durch den Kulturhaushalt muss im Einzelfall genau überprüft werden, damit sie nicht marktverzerrend wirkt.

Keine Kulturorganisation darf sich auf Zusagen der öffentlichen Förderung ausruhen. Es muss eine ständige Verpflichtung jeder Einrichtung sein, auch private Spenden und Sponsorengelder zu akquirieren. Bei öffentlich geförderten Häusern sollen private Mittel die staatliche Grundfinanzierung ergänzen, nicht ersetzen. Die erfolgreiche Einwerbung von Mitteln darf nicht zur Kürzung der öffentlichen Förderung führen.

Die Kultureinrichtungen müssen in die Lage versetzt werden, als eigenständige Einheiten zu arbeiten, ihr Budget zu planen und zu verwalten, ihren Personaleinsatz und -bedarf sowie mittel- und langfristige Investitionen selbst festlegen zu können. Mehr Kompetenzen und Handlungsfreiräume für Kultureinrichtungen ermöglichen es den einzelnen Einrichtungen dann auch, sich besser auf die Bedürfnisse ihrer Besucherinnen und Besucher ausrichten zu können. Im Hinblick auf die großen öffentlich finanzierten Kultureinrichtungen Berlins sollte die Zuordnung als Bundes- oder Landesaufgabe überdacht und der Hauptstadtkulturvertrag ggf. nachverhandelt werden.

Um die positiven Auswirkungen der Kulturszene in der Berliner Wirtschaft verifizieren zu können, wollen wir eine Studie zur sogenannten Umwegrentabilität (positive Auswirkungen des Kulturangebots auf die Einnahmen von Gastronomie, Gewerbe und öffentlicher Hand) initiieren, wie sie z. B. vom Gewandhaus Leipzig bereits durchgeführt wurde.

Kultureinrichtungen

Es ist ein zentrales Bibliothekskonzept für ganz Berlin zu schaffen, das die Teilhabe aller Bürger verbessert. Wir setzen uns für den Neubau der Zentralen Landesbibliothek (ZLB) am Standort der alten Amerika-Gedenkbibliothek ein. Die ZLB muss in ein Bibliothekskonzept für ganz Berlin eingebunden werden, das auch die flächendeckende Verfügbarkeit lokaler Bibliotheken sichert.

Wir begrüßen den geplanten Neubau des Museums der Moderne am Kulturforum. Es muss dabei die Chance genutzt werden, dort nun neue herausragende Architektur zu

schaffen und die städtebaulich verfallene, öde Situation am Kulturforum endlich so zu beheben, dass es in Zukunft eine einladende und attraktive Umgebung für Kunstinteressierte bietet.

Berlin hat drei Opernhäuser von hohem Rang. Diese gilt es zu erhalten. Die Struktur der Berliner Opernstiftung werden wir im Hinblick auf ihre Wirtschaftlichkeit und die Erreichung der angestrebten Synergieeffekte überprüfen und auf der Grundlage der dabei gewonnenen Erkenntnisse Reformvorschläge entwickeln. Ziel ist es, exzellente Opernhäuser mit internationaler Ausstrahlung in Berlin zu haben. Um den Berlinern einen tieferen Einblick in die Kultur und Geschichte zu geben, müssen künftig Museen, die der politischen und historischen Bildung dienen, kostenfrei werden. Die entfallenden Eintritte können etwa durch ein "Pay What You Want"-System kompensiert werden.

Wir wollen eine Fortschreibung des Gedenkstättenkonzepts: Unsere Ziele sind Forschung zur Aufklärung der Vergangenheit und Vermittlung der Geschichte mit modernen pädagogischen Konzepten mit Bezug auf die universelle Menschenrechtsbildung.

Wir fordern die Erarbeitung und Umsetzung eines Museumskonzeptes des Stadtmuseums zur Darstellung von Berlins Geschichte von Anfang bis heute.

Für die Liegenschaften der Dahlemer Museen sollte ein Nachnutzungskonzept entwickelt werden. Kurzfristig müssen die Bestände vor dem Verfall gesichert werden.

Die Friedrichswerdersche Kirche soll als Ausstellungshaus der Nationalgalerie wiederhergestellt werden. Es ist abzusichern, dass sie nicht weiter durch Baumaßnahmen im Umfeld gefährdet wird.

Um den politischen Handlungsbedarf zu umreißen, fordern wir die umfassende Bestandsaufnahme des baulichen und konzeptionellen Zustands der Kultureinrichtungen sowie die Inventarisierung und Digitalisierung des Kulturbesitzes Berlins.

Kreativwirtschaft

Wir wollen die Kreativwirtschaft als wichtigen Wirtschaftsfaktor für Berlin, der das offene und kreative Klima der Stadt prägt, durch Entbürokratisierung entlasten.

Wir fordern Ausnahmeregelungen vom Lärmschutzgesetz zu schaffen, um dem Clubsterben entgegenzuwirken.

Lebensqualität. Energie. Umwelt. Die lebenswerte Stadt erhalten.

Der Mensch lebt in und von seiner Umwelt. Moderne Großstadtmenschen schätzen die Natur nicht nur als Rückzugs- und Erholungsraum. Sie wissen vor allem um ihren Wert für die Gewinnung von allem, was sie zum Leben brauchen. Aus ihr schöpfen wir die natürlichen Ressourcen.

Liberalen ist Ökologie langfristig angelegte Ökonomie. Sie wissen: Der Mensch muss sich als Nutznießer und Teil der Umwelt, nicht als ihr Gegner verstehen. So wird er sie so pfleglich behandeln wie sich selbst und Raubbau an ihr verhindern.

Wir setzen bei der Sicherung lebenswerter Urbanität auf technische Innovation und die Einsicht unserer Mitmenschen, dass sich Umweltschutz für sie auszahlt. Wir wissen: Umweltschutz und Energiegewinnung gelingen nur mit und für die Menschen, nicht gegen sie und ihre berechtigten Ansprüche und Interessen.

Wir setzen deshalb nicht auf mehr Verbote für unsere Gesellschaft. Wir setzen auf Anreize zu vernünftigem Verhalten und das Verantwortungsbewusstsein freier Bürgerinnen und Bürger.

Energiepolitik mit Perspektive

Berlin braucht ein in Europa vorbildhaftes regionales Energiekonzept für die Metropolregion, das die wirtschaftliche Entwicklung unterstützt, ökologisch anspruchsvoll ist und zu bezahlbaren Preisen Versorgungssicherheit bietet. Dagegen gleicht die Energiepolitik in der Metropolregion heute einem Flickwerk, ob Stromerzeugung, -transport oder -verwendung, Wärmeversorgung oder Mobilität. Wir wollen deshalb eine stimmige Gesamtstrategie für die Metropolregion aufstellen, die Aspekte der Energie-, Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Umweltpolitik eng miteinander verknüpft. Bei der Erarbeitung dieser Strategie wollen wir auch den Sachverstand der Bürgerinnen und Bürger nutzen.

Die energiepolitischen Ziele Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Umweltfreundlichkeit sind für die Metropolregion gleichgewichtig zu verfolgen. Brandenburg und Berlin sind energiepolitisch als Ganzes zu betrachten, denn die Brandenburger Energieerzeugung hat eine Versorgungsfunktion für die Hauptstadtregion. Die regionale Energiestrategie muss eine europäische Perspektive haben und sich in den europäischen Kontext einpassen.

Energiepolitik ist für uns Freie Demokraten ein wesentlicher Teil unserer Wirtschaftspolitik. Wir setzen uns dafür ein, dass vor der Umsetzung von Maßnahmen oder der Schaffung neuer Auflagen und Normen nicht einzelne isolierte Teilaspekte, sondern immer die Senkung von Energie- und Ressourcenverbrauch sowie die Reduzierung der Umweltbelastung im Ganzen bewertet werden.

Wärme und Gebäude

Energetische Gebäudesanierung kann einen sinnvollen Beitrag zu einem Energiekonzept einzelner Gebäude liefern, darf aber nicht flächendeckend für alle Gebäude gleichermaßen vorgeschrieben werden. Planwirtschaftliche Vorgaben zur energetischen Gebäudesanierung sind oft weder ökologisch noch wirtschaftlich sinnvoll. Bauen und Sanieren darf nicht so teuer werden, dass die Kosten nur noch durch sehr hohe Mieten zu bezahlen sind. Das Wirtschaftlichkeitsgebot ist strikt einzuhalten. Die Begrenzung für Art und Umfang energetischer Sanierungen sollten deshalb die durch die Maßnahme eingesparten Heizkosten sein. So wird eine „Warmmietenneutralität“ für die Mieter gewährleistet und den Hauseigentümern werden keine unnötigen zusätzlichen Kosten aufgebürdet.

Wir stehen bei allen öko- und klimapolitischen Fragen für Technologieoffenheit.

Die einseitige politische Fokussierung auf Energieeffizienz von Gebäuden und Geräten führt häufig zu teuren, ästhetisch und ökologisch nachteiligen Fehlsteuerungen. Wir

wollen die gesetzlichen Voraussetzungen dafür schaffen, dass die CO₂-Emissions-Minderung bei allen Maßnahmen neben der Wirtschaftlichkeit im Vordergrund steht. Dazu müssen die Emissionen eines Gebäudes über die gesamte Lebensdauer betrachtet und optimiert werden.

Anstatt einseitig nur auf Gebäudedämmung zu setzen, um CO₂-Emissionen zu mindern, fordern wir, den Ersatz fossiler Energien durch erneuerbare Energien als gleichwertige Maßnahme zur CO₂-Einsparung anzuerkennen. Klimaschutz und Ressourceneinsparung müssen dort stattfinden, wo sie am wirtschaftlichsten durchführbar sind.

Wir lehnen den Zwang ab, wonach Immobilieneigentümer und -eigentümerinnen über das bestehende Erneuerbare EnergienWärmegesetz (EEWärmeG) hinaus zur Nutzung von erneuerbarer Energie im Gebäude verpflichtet sind. Auch die Nutzung von erneuerbarer Energie muss dem Wirtschaftlichkeitsgebot genügen, daneben ist auch bei erneuerbarer Energie die echte CO₂-Bilanz der Erzeugung/Bereitstellung zu berücksichtigen.

Wir wollen den Wärmeenergieverbrauch senken, wo immer dies wirtschaftlich vertretbar ist. Dazu wollen wir weder neue Auflagen oder Vorschriften einführen noch finanzielle Zuschüsse des Landes leisten. Wir setzen vielmehr auf bessere Information, vorbildhafte Sanierung landeseigener Gebäude und im Einzelfall die Gewährung von Landesbürgschaften.

Energieerzeugung

Auch erneuerbare Energien sind kein Selbstzweck und müssen ohne milliardenschwere Subventionen, Zwangs- und Umverteilungsmechanismen am Markt Bestand haben. Daher lehnen wir das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ab und machen uns für seine Abschaffung stark.

Für die Nutzung Erneuerbarer Energien sollen in der Metropolregion neben der Stromerzeugung besonders die erneuerbaren Potenziale in der Wärmeerzeugung (z.B. Geothermie, Solarthermie, Biomasse) und der Mobilitätsbereitstellung (z.B. Biogas, Elektromobilität, Wasserstoff) im Vordergrund stehen. Gesetze und Verordnungen des Landes Berlin müssen darauf ausgerichtet werden, die neuesten technischen Entwicklungen für machbare und wirtschaftliche Lösungen in diesen Bereichen optimal zu nutzen bzw. die Erprobung solcher technischen Entwicklungen in einem Ballungsgebiet zu ermöglichen.

Eine Strom- und Wärmeerzeugung im kommunalen Eigentum (z.B. durch Gründung eines Stadtwerks) lehnen wir ausdrücklich ab. Investitionen sollen von Privaten auf ihr eigenes Risiko vorgenommen werden, statt Risiken für den Landeshaushalt und damit für die Allgemeinheit aufzubauen.

Energieverteilung

Die Konzessionsverträge für Fernwärme, Gas und Strom wollen wir im Wettbewerb vergeben. Die gescheiterten Ausschreibungen sind abubrechen und neu zu beginnen. Einen Betrieb der Netze durch das Land Berlin lehnen wir ab, da dies keine Vorteile für die Bürgerinnen und Bürger bieten kann, jedoch hohe zusätzliche Risiken für das Land Berlin bedeutet. Ebenso soll das Land Berlin sich nicht an Netzbetreibern beteiligen. Um den Einfluss des Landes zu sichern, sollen statt dessen die energiepolitischen Ziele in

den Konzessionsverträgen festgeschrieben werden und diese Verträge nach maximal 15 Jahren neu ausgeschrieben werden.

Wir werden dabei sicherstellen, dass ein freier Zugang auch kleiner Strom- und Wärmeerzeugern zu den Netzen im Wettbewerb gewährleistet wird. Auch in Fernwärmenetzen wollen wir die Durchleitung ermöglichen.

Einen Anschluss- und Benutzungszwang für Verbraucher (z.B. für die Fernwärme) lehnen wir ab. Wir wollen den Verbraucherinnen und Verbrauchern die Freiheit der Auswahl erhalten: Sie sollen nach ihren eigenen Kriterien die für sie attraktivsten Angebote auswählen können.

Für die Versorgungssicherheit ist es notwendig, dass die entsprechenden kritischen Infrastrukturen gegenüber Störungen und Angriffen bestmöglich geschützt sind.

Bürgerbeteiligung

Die energiepolitische Debatte muss öffentlich mit den Bürgerinnen und Bürgern geführt werden – offen und transparent und aufbauend auf den aktuellen technischen und wirtschaftlichen Erkenntnissen. Statt einer Konzentration auf einzelne Technologien das Wort zu reden, werden wir darauf hinwirken, dass nachvollziehbare Abwägungen zwischen verschiedenen Zielen vorgenommen und wirtschaftliche, umweltrelevante und soziale Folgen von Entscheidungen umfassend dargestellt werden. Die Bürger müssen wissen, welche Belastungen und Kosten für verschiedene Entscheidungen auf sie zukommen. Die für energiepolitische Zwecke getätigten Mittelflüsse sind dabei deutlich transparenter zu machen.

Wir setzen uns für den Einsatz von Mediatoren zur Beteiligung von Bürgern am Planungsprozess und zur Schlichtung von Problemen oder Streitpunkten im Energiesektor ein. Bereits während der Planungsphase sollen Bürgerinnen und Bürger künftig ein stärkeres, über das derzeit bestehende Anhörungsrecht hinausgehendes Mitspracherecht erhalten.

Natur- und Tierschutz

Wir wollen die Vielfalt der in Berlin beheimateten Tier- und Pflanzenarten (Biodiversität) sichern und dazu bestehende Lebensräume von Artengemeinschaften erhalten, stabilisieren und vernetzen. Dazu wollen wir den in Berlin bestehenden Biotopverbund abrunden und absichern.

Der Erhalt der seltenen Moorstandorte mit ihren einmalig wertvollen Rote-Liste-Arten muss gesichert werden. Dazu ist, wenn nötig, auch zusätzlich Wasser, z.B. aus der Havel, zuzuleiten.

Wir wollen im Natur- und Artenschutz das gemeinsame kreative Potenzial von Naturschützern und Naturnutzern aktivieren, um wirksame und effiziente Lösungen zu finden: Die Nutzung der Natur und der Schutz der Natur schließen sich nicht aus. Angler, Jäger und Wanderer können auch Naturschützer sein.

Die bezirklichen Veterinärämter sind auch im Bereich Tierschutz so auszustatten, dass sie ihre Aufgaben erfüllen und den Tierschutz berlinweit durchsetzen können. Dazu ist eine Personalaufstockung nötig.

Wir wollen die Entwicklung von Alternativmethoden zu Tierversuchen voranbringen. Berlin soll weltweit eines der Zentren zur Erforschung von Ersatzmethoden sowie für die Beratung und Weiterbildung von Behörden und Forschern in Wissenschaft und Industrie werden. Deshalb werden wir die Erforschung von Alternativmethoden zu Tierversuchen an den Forschungseinrichtungen und Hochschulen in Berlin fördern.

Wir lehnen eine generelle Leinenpflicht für Hunde ab. Vielmehr fordern wir berlinweite flächendeckende Hundenauslaufmöglichkeiten, möglichst in allen Kiezen und auch in den Forsten. Bei der Ausgestaltung von neuen wie auch bestehenden Hundenausläufflächen soll darauf geachtet werden, dass Hunde und Halter ihre Freizeit und Erholung gut gestalten können.

Stadtgrün

Wir wollen einen ausreichenden Grünflächenbestand in der Stadt absichern, um die innerstädtische Lebensqualität zu erhalten und die notwendige stadtklimatische Funktion des städtischen Grüns zu erhalten.

Den Straßenbaumbestand wollen wir durch fachgerechte Pflege gesunder älterer Bäume und regelmäßige Nachpflanzungen erhalten und weiter ausbauen.

Wir wollen in allen Bezirken Naturschutz, Grünflächenplanung und Grünflächenpflege in einem einzigen Amt zusammenführen und ein Grünflächenkataster erstellen, um den Naturschutz effektiver gestalten zu können.

Klimaschutz

Klimaschutz muss dort umgesetzt werden, wo er am effizientesten möglich ist. Wir wollen deshalb die Umsetzung der europäischen Klimaziele vorantreiben und lehnen eine gesetzliche Festlegung von Klimazielen nur für Berlin ab.

Wir wollen dafür sorgen, dass sich Berlin auf die möglichen Folgen des Klimawandels vorbereitet. Wir werden daher Grünflächen als Klimaschneisen sichern, damit eine Durchlüftung der Stadt gewährleistet ist. Bei der Stadtentwicklungsplanung werden wir Bauformen fördern, die für künftige klimatische Bedingungen besonders geeignet sind (u.a. mit Dach- und Fassadenbegrünungen).

Umweltpolitik

In der Umweltbildung in Schulen und Kitas legen wir Wert auf die Vermittlung der zum Verständnis natürlicher Vorgänge notwendigen naturwissenschaftlichen Zusammenhänge.

Die Abfallentsorgung muss hohen ökologischen Ansprüchen genügen und gleichzeitig bezahlbar bleiben. Für die Entsorgung von Bioabfällen und Kunststoffen sind deshalb die ökologisch vorteilhaftesten Entsorgungswege zu wählen und unnötige Sortierungen und Transportvorgänge zu vermeiden. Wir wollen deshalb die Biotonne abschaffen und die Sammlung und Sortierung von Kunststoffen hinterfragen.

Wir werden die Umweltzone abschaffen. Zur Bekämpfung der Feinstaubbelastung wollen wir – anstatt wirkungsloser und die Bürger nur belastender Vorschriften wie der Umweltzone – Büsche, die den Feinstaub binden, entlang der Straßen pflanzen.

Wasserpolitik

Wir fordern, die Vorgaben der europäischen Wasserrahmenrichtlinie zügiger umzusetzen. Wir haben die Vision, dass alle Berliner Flüsse und Seen zu sauberen und artenreichen Gewässern mit Badequalität werden. Wir wollen dazu folgende Maßnahmen prioritär ergreifen:

Die Trennung von Regen- und Schmutzwasser in der Kanalisation wollen wir weiter vorantreiben und die notwendigen Rückhaltesysteme für Regenwasser schaffen, um gemeinsame Einleitungen von Abwasser und belasteten Straßenabläufen bei starkem Regen zu verhindern. Der Ausbau eines weiteren Rückhaltebeckens unter dem Mauerpark ist zügig voranzutreiben.

Wir wollen die vierte Reinigungsstufe für Abwasser schrittweise einführen, zuerst dort wo sich die Wasserqualität unserer Fließgewässer dadurch am stärksten verbessern lässt.

Der Wasserverbrauch muss im wasserreichen Berlin nicht weiter gesenkt werden, zumal ein weiteres Absinken des Wasserverbrauches die Funktionsfähigkeit der Kanäle beeinträchtigt und das problematische Ansteigen des Grundwassers im Urstromtal weiter beschleunigt.

Es ist deshalb sinnvoll, ein neues Preismodell für Trinkwasser einzuführen, das eine größere Grundpreiskomponente enthält. Die Preisstruktur wird damit verursachungsgerechter und an die Struktur der verursachten Kosten herangeführt.

Das Grundwasserentnahmeentgelt ist nichts weiter als eine Sondersteuer auf Wasser. Wir wollen es abschaffen, da es für Privatpersonen und Wirtschaft Wasser unnötig verteuert und umweltpolitisch wirkungslos ist.

In Verhandlungen mit den Ländern Sachsen und Brandenburg muss der Senat dafür sorgen, dass das Spreewasser in ausreichender Menge und ohne trinkwassergefährdende Belastungen (Sulfate, Verockerung) nach Berlin kommt.

Wir stehen für eine vorurteilsfreie Umwelt- und Energiepolitik, die ohne ideologische Scheuklappen auf wissenschaftlich fundierte Betrachtungen und den technischen Fortschritt setzt. Wir wollen verantwortungsbewusste Entscheidungen im Dialog mit den Bürgern und Betroffenen treffen.

Mensch. Mitmensch. Gemeinschaft. Die weltoffene Stadt sichern.

Grenzen der Überwachung

Die Menschen können ihre Freiheit nur genießen, wenn sie das Vertrauen haben, dass der Rechtsstaat sie vor Bedrohungssituationen schützt und im Fall einer Straftat schnell zu Hilfe kommt. Wir wollen den Erfolg der Ordnungskräfte nicht nur am Ertrag der

Parkraumüberwachung messen, sondern vor allem an der Verteidigung der Bürgerrechte auf körperliche Unversehrtheit und den Schutz des Eigentums, also bei der Bekämpfung der Alltags- und Gewaltkriminalität.

Bei vielen Problemen und Herausforderungen für den Rechtsstaat rufen andere schnell nach immer neuen Gesetzen und Zugriffsrechten des Staates. Liberale haben die bürgerliche Freiheit gegenüber einer autoritären Obrigkeit erkämpft. Der Rechtsstaat leidet nicht an einem Gesetzesmangel, sondern an einem Defizit beim Vollzug vorhandener Gesetze.

Freunde der Freiheit werden verhindern, dass der Rechtsstaat aus Angst vor der Bedrohung zum Beispiel durch Organisierte Kriminalität und Terrorismus seine Werte aufgibt.

Wir streben nach wirksamen Wegen zur sozialen, wirtschaftlichen und politischen Integration und Teilhabe in der Bürgergesellschaft.

Wir lehnen eine verdachts- und anlassunabhängige Überwachung ab. Videoaufnahmen im öffentlichen Raum dürfen daher nur dann erfolgen, wenn die Eignung dieser Maßnahme tatsächlich erwiesen ist und wirksame mildere Mittel nicht zur Verfügung stehen (Prinzip der Verhältnismäßigkeit). Zudem dürfen die Aufnahmen nur bei konkretem Verdacht einer Straftat dauerhaft gespeichert werden (Quick-Freeze-Verfahren). Die Vorratsdatenspeicherung, die in Frankreich seit 2006 existiert, hat die Anschläge des Jahres 2015 nicht verhindert. Sie steht im Widerspruch zur Rechtsprechung unseres Verfassungsgerichtes. Deshalb lehnen wir sie ab. Videoüberwachung im öffentlichen Raum muss deutlich erkennbar gekennzeichnet werden. Wir fordern mehr Sicherheitskräfte, die auch vermehrt in Fahrzeugen eingesetzt werden. Wir setzen uns gegen eine Lockerung des Richtervorbehalts ein und wollen die praktische Einhaltung des Richtervorbehalts ebenso wie die tatsächliche Durchführung in einer richterlichen Prüfung untersuchen lassen, die die Vorgänge statistisch auswerten soll. Der Richtervorbehalt darf nicht durch die Annahme von Gefahr im Verzug de facto umgangen werden.

Grundsätzlich begrüßen wir „vorausschauende Polizeiarbeit“ (Predictive Policing auf der Basis erfasster Kriminalitätsstatistiken), wenn sie so eingesetzt wird, dass die Polizei zum Beispiel Streifenfahrten an Orten mit zu erwartender Kriminalität statt an willkürlich ausgewählten Orten durchführt. Die Anforderungen des Datenschutzes sind streng zu beachten. Es dürfen nur anonymisierte Daten verwendet werden. Zusätzliche – vor allem personenbezogene – Daten dürfen für den Zweck der „vorausschauenden Polizeiarbeit“ nicht erhoben werden.

Die Vorhersage krimineller Akte darf sich nur auf Orte, nicht auf Personen beziehen. Predictive Policing darf nicht dazu führen, dass sich bei Menschen allein durch den Aufenthalt an einem bestimmten Ort ein diffuses Gefühl des Beobachtetwerdens einstellt („Chilling Effects“).

Effektivität und Effizienz von Überwachungsmaßnahmen sind regelmäßig zu evaluieren. Die Effektivität ist daran zu messen, dass die Kriminalität gesenkt und nicht lediglich in andere Gebiete verdrängt wird.

Wir fordern die Regelung über die Identitätsfeststellung und Durchsuchung ohne Verdachtsmoment an „kriminalitätsbelasteten Orten“ (sog. Gefahrengelände) ersatzlos zu streichen. Der Unterbindungsgewahrsam ist abzuschaffen.

Gewalt und Hasskriminalität bekämpfen

Berlin muss auch eine Reduktion der Gewalttaten und Hasskriminalität erreichen. Hierzu sollen Aufklärungskampagnen durchgeführt, der Opferschutz ausgebaut und Polizei, Verwaltung sowie die Justiz sensibilisiert werden. Gewalt muss entschieden bekämpft werden.

Wir wollen die Gewaltschutzambulanz der Charité sichern und weitere Gewaltschutzambulanzen einrichten.

Wir wollen, dass das Land Berlin eine Änderung des Grundgesetzes Art. 3 Abs. 3 anstrengt. Ziel ist es, den Katalog verbotener gruppenspezifischer Menschenfeindlichkeit um den Diskriminierungsgrund „sexuelle Identität“ zu ergänzen.

Polizei

Wir werden die Polizei durch Anhebung des Personalbestandes, moderne Einsatz- und einsatzortsbezogene sinnvolle Ausrüstung sowie moderne IT-Ausrüstung in die Lage versetzen, ihre Arbeit insgesamt zu verstärken. Insbesondere sollen die Polizeibeamten von Verwaltungsarbeit entlastet werden, um mehr Ressourcen für den Außendienst zu gewinnen. Wir wollen die Polizei von aufgabenfremdem und bürokratischem Ballast befreien. Die Polizei muss IT-Experten Arbeitsplätze bieten, deren Attraktivität mit der Privatwirtschaft mithalten kann. Dazu gehört insbesondere eine entsprechende Vergütung. Wir wollen aktiv für den Polizeidienst werben und dabei insbesondere Migranten ansprechen, denn Polizistinnen und Polizisten mit Migrationshintergrund können aufgrund ihres interkulturellen Wissens und ihrer Sprachkenntnisse überaus wertvoll sein. Heutige Kriminalitätsschwerpunkte sind städtebaulich so zu verändern, dass sie weniger zu kriminellen Taten einladen. Eine verwinkelte Bebauung, unzureichende Beleuchtung oder ein unübersichtliches Gelände, wie sie z.B. um den Alexanderplatz oder im Görlitzer Park anzutreffen sind, sind unverzüglich zu beheben.

Orte, an denen kriminelle Handlungen regelmäßig ungestört in aller Öffentlichkeit stattfinden, müssen zu Schwerpunkten des polizeilichen Handelns werden.

Wir wollen, dass die Bürger mit dem polizeilichen Kontaktbereichsbeamten wieder flächendeckend einen tatsächlichen Ansprechpartner erhalten. Organisationsmaßnahmen, die dazu führen, dass die Polizei vom Stadtrand abgezogen und an zentralen Standorten angesiedelt werden, führen zu einem Sicherheitsverlust und längeren Reaktionszeiten in einigen Stadtrandbezirken. Wir wollen insoweit die Organisationsmaßnahmen der Vergangenheit darauf überprüfen, ob wieder mehr dezentrale Standorte der Polizei geschaffen werden müssen.

Wir setzen uns für die Legalisierung von Konsum und Besitz von Cannabis als Genussmittel für volljährige Personen ein. Die Freigabe soll dabei streng reguliert werden, um insbesondere dem Jugendschutz Rechnung zu tragen. Mit einer kontrollierten Legalisierung werden illegale Handelsstrukturen gezielt aufgelöst und die Beschaffungskriminalität verringert.

Jugendkriminalität

Durch die Fokussierung der journalistischen Berichterstattung auf schwere Straftaten entsteht leicht der Eindruck, dass Jugendkriminalität vor allem aus Körperverletzungs- oder gar Tötungsdelikten bestehe. Am häufigsten begehen Jugendliche jedoch "Bagatelldelikte" wie Sachbeschädigung, Diebstahl oder das Erschleichen von Leistungen. Zudem werden die meisten Jugendlichen keine Intensivtäter, vielmehr bilden die Delikte eine Episode in ihrem Leben ab, die sich mit persönlicher und sozialer Entwicklung und Reifung erledigt.

Deshalb müssen präventive Angebote verstärkt werden, etwa Anti-Gewalttrainings und Informationsveranstaltungen, die von der Polizei im Rahmen des Schulunterrichts angeboten werden. Gleichzeitig ist eine bessere Verzahnung von Polizei und Jugendhilfe erforderlich, etwa bei gemeinsamen Fallkonferenzen oder nach der Verurteilung. Des Weiteren ist ein verstärkter Einsatz von Jugend- und Sozialarbeitern sowie „Streetworkern“ notwendig, um eine verlässliche Anlaufstelle zu schaffen. In Jugendgefängnissen muss vor allem auf ein Gesamtkonzept aus besserer Behandlung (etwa soziales Training und Schuldnerberatung) und Wohngruppenvollzug gesetzt werden. Zudem sollten eine schulische oder berufliche Ausbildung mit einer an die Entlassung anschließenden freiwilligen Betreuung von bis zu zwei Jahren forciert werden.

Wir wollen, dass gemäß dem Neuköllner-Modell die Verurteilung von straffällig gewordenen Jugendlichen nahe zur Tat erfolgen soll. Dann bleibt der Eindruck aus, eine Tat bleibe ohne unmittelbare Folgen.

Feuerwehr und Rettungsdienste

Wir werden gewährleisten, dass die Berliner Rettungsdienste künftig die vorgegebenen Eintreffzeiten bei der Lebensrettung in allen Berliner Bezirken einhalten.

Zur angemessenen Ausstattung der Feuerwehr gehört im gewässerreichen Berlin auch eine ausreichende Anzahl an Löschbooten.

Korruptionsbekämpfung und Transparenz

Landesunternehmen und -verwaltung müssen Auftragsvergaben nach ökonomisch sinnvollen Kriterien vornehmen. Das Parteibuch dessen, der den Auftrag letztlich bekommt, darf keine Rolle spielen. Durch die Auflösung verfilzter Strukturen sorgen wir für einen fairen Wettbewerb und die korrekte Verwendung von Steuergeldern. Wir treten für ein konsequentes Vier-Augen-Prinzip in der öffentlichen Verwaltung ein.

Wir setzen uns für eine gesetzliche Sperrfrist-Regelung ein, die den Eintritt in ein Geschäft oder Unternehmen, auf das mit einem vorhergehenden politischen Amt Einfluss genommen werden konnte, für wenigstens zwei Jahre verhindert. Generelle Berufsverbote für ehemalige Politiker lehnen wir ab. Sie würden nur noch Beamten und Gewerkschafts- oder Verbandsfunktionären den Eintritt in die Politik attraktiv erscheinen lassen.

Wir fordern eine Reform des Berliner Informationsfreiheitsgesetzes nach Hamburger Vorbild. Es soll für Auskünfte nach dem Informationsfreiheitsgesetz kein Antrag mehr nötig sein. Die Verwaltungsbehörden werden verpflichtet, Akten selbstständig in ein öffentliches Onlineinformationsregister einzustellen. Bei der Ausgestaltung soll hierbei auf

berechtigte Interessen Einzelner weitgehende Rücksicht genommen werden, ohne jedoch den Informationsanspruch faktisch zu entwerten.

Datenschutz

Für die Bürgerinnen und Bürger muss erkennbar sein, welche Daten erhoben und wie diese genutzt und verbreitet werden. Daher wollen wir die Auskunftsansprüche zu gespeicherten eigenen Daten stärken. Die Auskunft muss online beantragt und erteilt werden können und soll grundsätzlich kostenlos erfolgen.

In öffentlichen Stellen müssen Zugriffsrechte auf gespeicherte Daten auf die für die jeweilige Aufgabe notwendige Datenmenge beschränkt werden. Um das zu gewährleisten, ist der Berliner Beauftragte für Datenschutz frühzeitiger in Gesetzgebungsverfahren einzubeziehen. Dies werden wir per Gesetz absichern.

Medienkompetenz wollen wir bereits frühzeitig in der Schule vermitteln, so dass Kinder und Jugendliche mögliche Konsequenzen von freiwillig – insbesondere online – verbreiteten Daten selbst einschätzen können.

Das systematische automatisierte Erfassen von Fahrzeugkennzeichen ist abzuschaffen, da dadurch alle Fahrerinnen und Fahrer unter Generalverdacht gestellt werden.

Direkte Demokratie und Wahlrecht

Die Bürgerinnen und Bürger sollen bei wichtigen großen Vorhaben berlinweiter Bedeutung, so z.B. großen Infrastrukturvorhaben, frühzeitig und ausführlich über Alternativen informiert und ihnen Gelegenheit zur öffentlichen Diskussion (online wie auch in Präsenzveranstaltungen) gegeben werden. Über Grund- und Menschenrechte kann nicht direktdemokratisch entschieden werden. Sie sind nicht verhandelbar.

Abstimmungstermine von Volks- und Bürgerentscheiden müssen nach dem Interesse der Bürger und nicht nach Gutdünken des Senats bestimmt werden. Sie sollen auf maximal drei im Voraus definierte Abstimmungstermine pro Jahr konzentriert und in Wahljahren mit den Wahlterminen verbunden werden.

Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Volks- und Bürgerentscheide, die derzeit lediglich empfehlenden Charakter haben, in Zukunft für eine definierte Zeit verbindlich sind.

Wir wollen den Wählern beim Wahlvorgang mehr Einfluss auf die Listenreihenfolge der Kandidaten einräumen und ihnen ermöglichen, mit ihrer Stimme nicht nur Parteien, sondern auch einzelne Bewerber auszuwählen und so die Parteilisten zu verändern. Wir wollen sowohl auf Bezirks- als auch auf Landesebene das so genannte „Kumulieren“ (Gewichtung von Kandidaten) und „Panaschieren“ (Aufteilung der Stimmen auf mehrere Parteien) einführen.

Zuwanderung

Wir heißen alle willkommen, die die Werte unserer Gesellschaft teilen – die universellen Werte der westlichen Traditionen von Humanismus und Aufklärung, Demokratie und Menschenrechten. Vielfalt bedeutet Chancen und Risiken gleichermaßen. Aufgabe der

Integrationspolitik ist es, die Bedingungen zu schaffen, um die Chancen optimal zu nutzen und sich den Herausforderungen offensiv zu stellen.

Jeder, ob Einheimischer oder Zuwanderer, hat das Recht, sein Leben frei zu gestalten, sofern er anderen nicht seine Werte und Lebensweise aufdrängt.

Unser Ziel ist eine pluralistische, vielfältige Gesellschaft, die eine gemeinsame Wertegrundlage eint. Wir wollen keine Gesellschaft getrennter Gruppen mit unterschiedlichen Werten („Parallelgesellschaften“).

Wir differenzieren in unserem politischen Handeln sorgfältig zwischen politisch Verfolgten, die das Grundrecht auf Asyl in Anspruch nehmen, Kriegsflüchtlingen, die wir aus humanitären Gründen aufnehmen, temporär Zuwandernden, die auf Zeit hier arbeiten wollen, und dauerhaft Zuwandernden, die sich auf Dauer hier niederlassen wollen. Das Land Berlin soll im Bundesrat ein Einwanderungsgesetz einbringen.

Integration

Wir wollen, dass Integrationsvereinbarungen mit Zuwanderern abgeschlossen werden. Im Rahmen dieser Vereinbarung verpflichtet sich das Land Berlin, Zuwanderern notwendige Hilfestellungen zu geben, beispielsweise für qualifizierte und kostenfreie Sprachlehreangebote zu sorgen. Im Gegenzug verpflichten sich die Zuwanderer zu eigenen und konkret spezifizierten Integrationsleistungen, wie z. B. innerhalb bestimmter Fristen die deutsche Sprache zu erlernen. Zuwanderern, die nur über geringe Kenntnisse der Sprache und der bürokratischen Normen verfügen, muss der Zugang zu Sprachkursen und Qualifikationsangeboten erleichtert werden.

Wir werden es nicht hinnehmen, dass viele motivierte Migrantinnen und Migranten mit Berufs- und Hochschulabschlüssen aus ihren Herkunftsländern durch eine restriktive und diesen Namen nicht verdienende „Ausbildungsanerkennung“ dazu genötigt sind, soziale Transferleistungen in Anspruch zu nehmen oder Tätigkeiten geringer Qualifikationsanforderungen auszuüben. Wir werden uns daher für ein möglichst einheitliches und übersichtliches Verfahren zur Anerkennung ausländischer Berufs- und Hochschulanschlüsse einsetzen, das auch bereits vor der Einreise im Herkunftsland betrieben werden kann. Über entsprechende Anträge muss innerhalb einer Frist von drei Monaten entschieden werden.

Wir möchten eine stärkere Trägervielfalt bei Integrationsprojekten. Hierzu sollen Ausschreibungen offen gestaltet werden, Erfolge evaluiert werden und Gelder regelmäßig neu vergeben werden.

Eine wichtige Rolle bei der Aufklärung und dem Abbau von Diskriminierung gegenüber Minderheiten kann auch die Berliner Wirtschaft einnehmen. Dabei denken wir nicht an gesetzliche Verpflichtungen, sondern an freiwillige Kampagnen z.B. der Arbeitgeberverbände.

Wir unterstützen bürgerschaftliches Engagement in Patenschafts- und Mentorenprojekten, die besonders geeignet sind, Erfolgsgeschichten der Integration zu ermöglichen, da sie auf Eigeninitiative und Selbstverantwortung aufbauen.

Wir werden dafür sorgen, dass ausländische Studierende bei erfolgreichem Studienabschluss und ausländische Auszubildende bei erfolgreicher Abschlussprüfung eine Bleibeperspektive erhalten. Auch ausländische Schülerinnen und Schüler sollen mit dem Erwerb des Abiturs unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus zukünftig eine dauerhafte Bleibeperspektive erhalten.

Flüchtlinge und Asylbewerber

Flüchtlinge und Asylbewerber müssen zügig und menschenwürdig untergebracht werden. Die Konzentration vieler Menschen unter engen Verhältnissen wie in vielen Flüchtlingsheimen führt zu Belastungen und Konflikten. Sammelunterkünfte, die klaren Mindeststandards unterliegen müssen, sollten daher nur als Not- und Erstunterkünfte eingerichtet werden. Besonders Schutzbedürftige wie Schwangere und unbegleitete Kinder sollten nicht in Notunterkünfte eingewiesen werden. Mittelfristig ist eine Unterbringung in Wohnungen (Leverkusener Modell) anzustreben, wo dies möglich ist. Dort wo Wohnungsknappheit besteht, sind Containerdörfer eine akzeptable Zwischenlösung. Die Errichtung von Zeltstädten dagegen lehnen wir ab.

Wir fordern zudem die sofortige Abschaffung des Arbeitsverbotes für Asylbewerberinnen und -bewerber. Die FDP wird im Bundesrat darauf hinwirken, dass eine besondere Rechtsstellung geschaffen wird, die Asylbewerbern, die eine Ausbildung begonnen bzw. eine anschließende Anstellung erhalten haben, ein Aufenthaltstitel gewährt wird. Viele, die zu uns kommen, wünschen sich, endlich wieder aktiv zu sein. Neben teuren Tagessatzpauschalen für die sozialen Träger sollten die Flüchtlinge selber einen Einsatz bringen dürfen. Wer für Organisation und Versorgung sichtbar Verantwortung übernimmt, wird im Gegenzug bei Schulungen und Bildungsmaßnahmen gezielt gefördert.

Die Nutzung leer stehender Gebäude für die Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern ist aktiv zu fördern und eine entsprechende Zwischennutzung gezielt anzuregen. Senat und Bezirke sollen dazu die Eigentümer leer stehender und für die Unterbringung von Flüchtlingen geeigneter Gebäude systematisch und lösungsorientiert ansprechen, aber auch Flächen und Gebäude in Brandenburg nutzen, die dem Land Berlin gehören. Eine Beschlagnahmung oder gar Enteignung privaten Eigentums lehnen wir ab.

Bei einer Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern in Hotels und Hostels ist sicherzustellen, dass ausschließlich auf vorab vom Land Berlin reservierte Zimmerkontingente zurückgegriffen wird und dass die Zahlungen sehr zügig oder vorab erfolgen. Derzeit werden Hotelgutscheine kaum noch angenommen, da der Senat seinen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommt. Diese Praxis führt Flüchtlinge und Asylbewerber geradewegs in die Obdachlosigkeit.

Die Vergabe von Belegungen für bereits fertig gestellte Heimplätze darf nicht künstlich behindert werden. Es darf nicht sein, dass hunderte von bereit gestellten Plätzen nicht genutzt werden, nur weil die Vergabe bürokratisiert wird.

Für die Registrierung von Flüchtlingen und Asylbewerbern sind neue, zusätzliche Anlaufstellen einzurichten und die Öffnungszeiten auszuweiten. Die Warteschlangen vor dem Landesamt für Gesundheit und Soziales (LaGeSo) sind menschenunwürdig. Für diese Aufgaben ist auch Personal aus dem Stellenpool zu mobilisieren. Auch

pensionierten Beamten soll die Möglichkeit angeboten werden, bei Engpässen einzuspringen.

Wir fordern eine Verbesserung der medizinischen Erstversorgung auf dem Gelände des LaGeSo. Die großartige Hilfe der ehrenamtlichen Mediziner und Helfer kann nicht weiterhin Teil der Planungsgrundlage sein. Hier muss ein funktionierendes System etabliert werden, dass sich nicht auf die freiwillige Hilfe der Bürger verlässt. Die dortige medizinische Erstversorgung muss mit geschultem, medizinischem Personal (Ärzte und Krankenpflegepersonal) aufgestockt werden. Es müssen mehr Behandlungszimmer und medizinisches Material zur Verfügung gestellt werden. Hierzu müssen zwischen der Senatsverwaltung für Gesundheit und der Charité, Vivantes und der Bundeswehr (Bundeswehrkrankenhaus Berlin, Lazarettregiment 31) Kooperationen geschlossen werden.

Soziale Integration und wirksame Hilfe

Wir verfolgen eine soziale Politik, die zum Zusammenhalt der Gesellschaft beiträgt. In der Pflicht sind dabei alle Akteure. Bei der Bekämpfung sozialer Notlagen favorisieren wir privates Engagement vor staatlichem Eingreifen.

Wir wollen im Sozialbereich Transparenz und Effizienz fördern, indem wir soziale Leistungen über Benchmarks vergleichbar machen, insbesondere in den Bereichen der Verwaltungskosten und Gehälter.

Wir wollen mehr Transparenz für Politik und Öffentlichkeit durch ein Online-Register und einen Trägeratlas, in dem alle sozialen Dienstleister mit ihren Projekten und den Finanzierungsvolumina verzeichnet sind.

Die Ausschreibung von Sozialleistungen werden wir transparenter machen. Wir werden dafür sorgen, dass Leistungen erfolgsorientiert erbracht werden, um eine nachgelagerte externe Bewertung zu ermöglichen. Erfolg misst sich im Sozialbereich auch an mehr Selbstständigkeit und an der Verringerung der Abhängigkeit von staatlicher Unterstützung. Konkret zu messen sind Ergebnisse – z.B.: wie viele ehemals obdachlose Jugendliche haben einen Mietvertrag? Wie viele Arbeitslose haben einen sozialversicherungspflichtigen Job? Wie vielen Pflegebedürftigen konnte so geholfen werden, dass der Pflegebedarf reduziert werden konnte?

Wir wollen einen bundesweiten Leistungsvergleich zu Gesamtkosten sozialer Leistungen gegliedert in Verwaltungskosten, Gehälter usw. einrichten.

Die finanzielle Förderung von Vereinen zur Förderung von Toleranz und zur Aufklärung muss regelmäßig evaluiert und angepasst werden.

Krankenhäuser und Universitätsmedizin

Gesundheitsdienstleitungen und die Gesundheitswirtschaft haben eine zentrale Bedeutung für Berlin, die in Zukunft noch wachsen wird. Diesen Prozess wollen wir gestalten, nicht nur verwalten.

Zu Recht erwarten die Berlinerinnen und Berliner eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung in unserer Stadt. Wir wollen weniger politische Einflussnahme

und Detailsteuerung, so dass selbstoptimierende wirtschaftliche Prozesse greifen können, damit sich das Angebot und die Qualität von Gesundheitsleistungen in unserer Stadt stetig verbessern.

Bei der Krankenhausplanung wollen wir mehr Wert auf Spezialisierung legen. Hierfür werden wir prüfen, wo es zum Beispiel sinnvoll erscheint, Abteilungen zusammenzulegen, um die Qualität der Versorgung zu erhöhen. So akzeptieren wir geringere Bettenzahlen, wenn wir gleichzeitig die teilstationäre und ambulante Versorgung verbessern und diese effizienter mit dem stationären Sektor verzahnen.

Beseitigung des Investitionsstaus

Wichtiger als die Zahl der Betten ist eine leistungsorientierte und transparente Investitionsförderung, damit der Patient bei stationärer Behandlung gut versorgt und die Vor- und Nachbehandlung gut organisiert sind. In der Vergangenheit stellte das Land Berlin im Vergleich mit allen Bundesländern jedoch die niedrigsten Investitionsmittel zur Verfügung.

Der bisher angefallene Investitionsstau soll in Berlin in einem Zeitraum von zehn bis fünfzehn Jahren beseitigt werden. Eine angemessene Beteiligung des Bundes ist dabei anzustreben.

Verbesserung der Behandlung und Qualitätssicherung in Berliner Krankenhäusern

Stundenlange Wartezeiten in den Rettungsstellen werden wir abbauen. Dazu werden wir u.a. Mindeststandards für Wartezeiten und Personal in Krankenhäusern der Regelversorgung, Schwerpunktkrankenhäusern und Krankenhäusern der Maximalversorgung nach Maßgabe des Patientenaufkommens vorgeben.

Die Finanzierung der Krankenhausinvestitionen ist Ländersache und muss es auch bleiben. Zum einen werden die Bürger von den Finanzierungskosten nicht verschont. Im Gegenteil: Die Finanzierung über die gesetzlichen und privaten Krankenkassen verteuert die Lohnnebenkosten für die Beschäftigten und die Arbeitgeber einseitig. Die Bürger haben danach "weniger vom Brutto". Zum anderen kommt die Krankenhausversorgung der Allgemeinheit zugute und muss daher als gesamtgesellschaftliche Aufgabe auch weiterhin aus Steuermitteln finanziert werden. Bei der Festlegung und Erfassung von Qualitätsstufen (die durch Kriterien wie z. B. Infektionsrate, Komplikationsrate, Rückkehrtrate erfasst werden sollen) müssen auch die Zeiträume nach der Entlassung des Patienten aus dem Krankenhaus mit berücksichtigt werden.

Das Auftreten von Fällen mit mehrfachresistenten Bakterien werden wir systematisch und zentral erfassen, um Risiken für Patientinnen und Patienten zu verringern und hygienische Standards zu verbessern. Jeder Patient sollte auf multiresistente Erreger gescreent werden.

Wir wollen, dass Lehrtätigkeiten von ärztlichem Personal in Dienstplänen und Personalschlüsseln adäquat berücksichtigt werden, damit Lehrende Zeit für gute Lehre erhalten. Dies gilt gleichermaßen für Praxisanleiter, die Pflegekräfte ausbilden und anleiten.

Wir wollen Medizinstudenten besser in klinische Abläufe einbinden, damit schon früh ausreichend praktische Erfahrung mit Patienten gesammelt werden kann. Die Beschäftigung von Studierenden für unbezahlte stationäre Hilfsarbeiten auf personell zu dünn besetzten Stationen werden wir beenden. Das Land Berlin soll nicht gleichzeitig Aufsichtsbehörde und Eigentümer von Krankenhäusern sein. Deshalb wollen wir darauf hinwirken, dass das Land Berlin seine Anteile an der Vivantes-Betreibergesellschaft veräußert.

Gesundheitsversorgung und öffentlicher Gesundheitsdienst

Wir werden dafür sorgen, dass die Freiheit des Arztberufes und das Selbstbestimmungsrecht der Patienten nicht länger durch staatliche Eingriffe zur Disposition gestellt werden.

Die ambulante, ärztliche Versorgung ist ein wichtiges Element des Gesundheitswesens. Die Niederlassungsfreiheit für Ärzte ist daher für uns von großem Wert. Überregulierungen und bürokratische Hemmnisse wollen wir deshalb beseitigen. Nur eine Vielfalt von Organisationsformen und Trägerschaften sowie ein hohes Maß an Flexibilität gewährleistet Versorgungssicherheit, die sich in Qualität und geringeren Wartezeiten für Patienten niederschlägt.

Wir werden die Möglichkeit der Sonntagsöffnung von Arzt- und Zahnarztpraxen einführen. Dazu werden wir den Senat auffordern, eine Bundesratsinitiative zur Aufnahme von Arzt- und Zahnarztpraxen in die Liste der Ausnahmen vom Sonntagsarbeitsverbot einzubringen.

Wir wollen, dass sich Berlin in der Gesundheitsministerkonferenz für die Erstellung eines nationalen Pandemieplans einsetzt, damit kostspielige Überreaktionen künftig unterbleiben, die allein die Bevölkerung verunsichern.

Die HIV-Prävention werden wir durch Präventionsarbeit in Schulen, Jugendeinrichtungen, Sportvereinen und anderen Institutionen stärken. Die Stigmatisierung Betroffener muss dabei gleichzeitig weiter abgebaut werden.

Vorsorge durch Impfen vor allem für Kinder, aber auch für Erwachsene in Zeiten, in denen eigentlich zurückgedrängte Krankheiten immer wieder aufflammen, ist elementar wichtig, um ein Ausbreiten von eingeschleppten und vermeidbaren Krankheiten zu verhindern. Wir setzen daher auf eine intensivere Aufklärung durch breit angelegte Impfwerbemaßnahmen. Eine generelle Impfpflicht lehnen wir ab.

Innovative Medizin und Medizintechnik

Die Medizin steht an der Schwelle zu einem neuen Zeitalter: Leistungsfähige Diagnose- und innovative Therapieverfahren eröffnen völlig neue Wege zur Vermeidung, Früherkennung und Behandlung schwerer Krankheiten, und die Individualisierung von Diagnose und Therapieverfahren auf den einzelnen Menschen hin verspricht viele bisher noch unerforschte Möglichkeiten.

Vor diesem Hintergrund wollen wir die Entwicklung neuer Verfahren und Behandlungskonzepte fördern. Dabei wollen wir insbesondere auf die Ideen aus den Universitäten und Forschungsinstituten und der lokalen Wirtschaft zugreifen sowie das

Potenzial der Berliner Start-ups noch stärker heben. Hierzu regen wir eine gezielte Forschungsförderung auch mit Blick auf branchenübergreifende Lösungen an sowie eine Informations- und Beratungsplattform, speziell für Forschung und Entwicklung in der Medizin(technik).

Sicherheit und Effizienz mit Daten im Gesundheitswesen

Viele Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im Gesundheitswesen leiden, weil sie zu wenig Zeit haben, sich ihren Patienten zu widmen. Bürokratische Überregulierung und aufwendige Dokumentationspflichten nehmen einen immer größeren Teil ihrer Arbeitszeit in Anspruch. Die Freien Demokraten setzen sich deshalb für einen „Rotstift in der Medizin“ ein: Wenn wir eine hochwertige medizinische Versorgung für die Bürgerinnen und Bürger in Berlin garantieren und zugleich national wie international wettbewerbsfähig sein und bleiben wollen, brauchen wir mehr Effizienz bei der Datenerfassung.

Barrierefreiheit

Wir wollen die öffentliche Infrastruktur, den ÖPNV, öffentliche Kultureinrichtungen und öffentliche Gebäude barrierefrei gestalten. Auch den barrierefreien Zugang zu Medien und Informationen des Landes Berlin wollen wir spürbar verbessern. Dies betrifft Untertitel und Gebärdensprache bzw. Hörfilme ebenso wie barrierefreie Seiten im Netz oder barrierefreie Software. Wir wollen die „Leichte Sprache“ stärker im öffentlichen Raum etablieren.

Wir fordern, dass mehr Menschen mit Behinderung eine tatsächliche Chance erhalten, zu einer Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt zu wechseln. Hierfür müssen bürokratische Hürden abgebaut werden und ein Ausgleichssystem geschaffen werden, das die Funktionstüchtigkeit der Werkstätten für Menschen mit Behinderung in der Folge sicherstellt.

Wir werden das Landesamt für Gesundheit und Soziales so umorganisieren und mit Personal ausstatten, dass es auch seinen Aufgaben als Integrationsamt für Menschen mit Behinderung angemessen nachkommen kann.

Familie

Für Liberale ist Familie jede auf Dauer angelegte Verantwortungsgemeinschaft, in der Menschen Verantwortung, insbesondere für Kinder übernehmen. Das gilt unabhängig vom Geschlecht der Elternteile, zum Beispiel in Regenbogenfamilien.

Wir wollen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter verbessern. Deshalb wollen wir verstärkt Teilzeitangebote und flexible Arbeitszeiten für Frauen und Männer im öffentlichen Dienst.

Wir wollen ein effektives System von Kita-Gutscheinen einführen, in dem die Kita-Anmeldung entbürokratisiert und die Verwaltung verschlankt wird, und die vollständige Abwicklung über ein Onlineportal statt in Schalterstunden erfolgt.

Das Kita-Angebot soll sich am tatsächlichen Bedarf (flexible Öffnungszeiten, 24-Stunden-Kita) orientieren.

Wir wollen Zusatzmittel für eine Qualitätssteigerung in Kita und Hort statt für deren Kostenfreiheit einsetzen.

Ein Online-Register für die Kita-Platz-Vergabe soll sicherstellen, dass frei werdende Plätze bei Doppelbewerbungen schnell veröffentlicht werden.

Das Konzept der „Familienhebammen“ wollen wir ausbauen. Hier werden nicht nur Mutter und Kind im Zusammenhang mit der Geburt, sondern die gesamte Familie im Hinblick auf soziale Integration, Zusammenleben und potenzielle Konflikte betreut wird.

Um Menschen auch nach ihrem Ableben eine Selbstbestimmung zu ermöglichen, fordern wir eine Reform des Bestattungswesens, wobei der Bestattungszwang und die Beschränkungen von Grabbeschriftungen entfallen sollen.

Kinder und Jugendliche

Das Vorgehen der Jugendämter muss stärker vorbeugend ausgerichtet sein. Die Ausstattung der Jugendämter ist dem gestiegenen Bedarf durch gut qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anzupassen.

Die inhaltlichen und zeitlichen Angebote der Jugendfreizeitheime sind an den Bedürfnissen der Jugendlichen auszurichten.

Alle Bezirke sollten über Notfallgruppen zum Kinderschutz verfügen, um unverzüglich und unbürokratisch helfen zu können.

Wir wollen, dass gezielt gegen Gewalt gegen Kinder bzw. gegen Misshandlung von Kindern vorgegangen wird. Dazu fordern wir

- Schulung von Jugendamtsmitarbeitern in rechtsmedizinischem Grundwissen und Wissen über typische Misshandlungsverletzungen,
- Schulung von Richtern, Staatsanwälten, Kinderärzten, Klinikärzten in rechtsmedizinischem Grundwissen und Wissen über typische Misshandlungsverletzungen,
- eine Taskforce in allen Jugendämtern für akute Fälle,
- Kinder schneller von ihren Peinigern zu trennen.

Die Unterbringung bedürftiger Kinder oder Jugendlicher in einer Pflegefamilie sollte der Regelfall sein. Die Beherbergung in Kinderheimen kann nur eine Übergangslösung darstellen.

Die Freien Demokraten setzen sich dafür ein, dass jeder der zwölf Berliner Bezirke ein Kinder- und Jugendparlament mit Rechten und Befugnissen zur Wahrnehmung der Interessenvertretung gegenüber den Bezirksverordnetenversammlungen einrichtet. Das Berliner Schulgesetz ist dementsprechend anzupassen.

Seniorinnen und Senioren

Alle Gesetze und Verordnungen im Land Berlin wollen wir auf nicht sachgerechte Altersbeschränkungen untersuchen, um sie ggf. zu streichen oder anzupassen. Der Senat von Berlin soll sich im Bundesrat für ein flexibles Renteneintrittsalter einsetzen.

Den Erfahrungsschatz älterer Menschen wollen wir gezielt nutzen, um ehrenamtliches Engagement auszubauen. Das Miteinander von Haupt- und Ehrenamt werden wir stärken. Hierfür wollen wir Engagement im Rahmen eines höheren Freibetrages stärker steuerlich absetzbar machen.

Seniorenfreizeitheimen und –einrichtungen sollen flexiblere Öffnungszeiten erhalten und so attraktiver werden.

Wir fordern, dass die Wahl zu den Seniorenbeiräten auch per Briefwahl erfolgen kann und zeitgleich mit den Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen stattfindet. Dies führt zu höherer Wahlbeteiligung und damit höherer Anerkennung.

Wünschenswert ist ein verlässlicheres System an Mobilitätshilfediensten. Wer mobilitätseingeschränkt ist, braucht verlässliche Hilfe, um seine notwendigen Gänge zur erledigen und aktiv am Leben in der Stadt teilhaben zu können.

Attraktivität des Pflegeberufes steigern

Der Fachkräftemangel in der Pflege erfordert eine Gesamtstrategie für alle Akteure, Maßnahmen und Träger, die die Gesundheitsversorgung, Pflege, Betreuung der Pflegebedürftigen und ihre Planungsinstrumente (z.B. Statistiken) aussagekräftig verbessert.

Wir Freie Demokraten werden uns für ergebnisorientierte und zielgerichtete Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des Pflegeberufes einsetzen. Hierzu beteiligen wir Hochschulen und Berufsbildungsschulen an einer gemeinsamen Strategie zur Förderung der Attraktivität. Wir sehen hier die wesentlichen Hebel bei den Zugangsbedingungen für Aus- und Weiterbildungsangebote sowie bei einer Förderung des lebenslangen Lernens in unterschiedlichen Lebens- oder Familienphasen.

Ebenfalls fordern wir die Anpassung des Landes-Qualifikationsniveaus in der Pflegeaus- und -weiterbildung in Berlin entsprechend dem in Deutschland und EU-weit geltenden Qualifikationsrahmen zur Förderung der Attraktivität des Pflegeberufes. Personal und Betreiber von Pflegeeinrichtungen müssen für die Bedürfnisse spezifischer Gruppen sensibilisiert werden, zum Beispiel Menschen mit Migrationshintergrund oder LGBTI.

Wir unterstützen die qualifizierte einjährige Pflegehelferausbildung in Berlin. Wir setzen uns für eine zukunftsorientierte Berliner Aus- und Weiterbildungsstrategie ein, besonders vor dem Hintergrund der strategischen Bedeutung im Wettbewerb um die besten Köpfe.

Pflegekammern mit Zwangsmitgliedschaft dagegen machen den Pflegeberuf weder besser noch attraktiver. Wir lehnen die Schaffung einer Pflegekammer ab.

Qualitätssicherung in der Pflege

Wir setzen uns für eine umfassende Qualitätsinitiative in der Pflege ein. Dazu fördern wir einen Qualitätswettbewerb, der sich an den Wünschen der Pflegebedürftigen orientiert. Zur Steuerung der Qualität unterstützen wir den Aufbau einer indikatorgestützten Qualitätsberichterstattung.

Wir fordern mehr Wettbewerb im Pflegebereich, auch für öffentlich finanzierte Projekte der Gesundheitsförderung, denn die Qualität in der Pflege muss gesichert und das Angebot

für Pflegebedürftige muss verbessert werden. Auch deshalb unterstützen wir eine größere Vielfalt privater und freigemeinnütziger Anbieter mit fairen Wettbewerbsbedingungen. Alle Pflegeeinrichtungen sollen regelmäßig von unabhängiger Seite geprüft werden.

Die Maßnahmen der Entbürokratisierung in der Pflege unterstützen wir, damit mehr Zeit für die Pflege der Pflegebedürftigen anstatt für die Berichterstattung zur Verfügung steht.

Verbesserung des Versorgungsangebots in der Pflege

Das Beratungs- und Unterstützungsangebot für pflegende Angehörige muss systematisch weiterentwickelt werden.

Besonders in der Palliativversorgung in Berlin ist der weitere Ausbau ambulanter, teilstationärer und stationärer palliativmedizinischer Versorgung notwendig. Neben der Palliativversorgung und -betreuung und der Versorgung Sterbender in Pflegeheimen wollen wir ausreichend stationäre Hospize und Kinderhospize mit einem eigenständigen Versorgungsauftrag etablieren.

Regierung. Haushalt. Verwaltung. Der verantwortungsbewussten Stadt dienen.

Die Aussicht auf eine ausgeglichene Haushaltsführung

Auch der Staat kann nur in soziale Unterstützung, Umwelt- und Denkmalschutz investieren, wenn er Steuereinnahmen hat, die aus erfolgreichem Wirtschaften resultieren.

Wir wollen deshalb, dass Berlin wirtschaftlich auf soliden, eigenen Füßen steht. Nicht erst die grundgesetzlich verankerte Schuldenbremse, die Liberale etabliert haben, oder das Ende des Solidarpakt Ost, das näher rückt, sondern auch die anstehende Neuordnung des Länderfinanzausgleichs, machen einen dauerhaft stabilen ausgeglichenen Landeshaushalt erstrebenswert.

Das Land Berlin lebt ständig von der Hand in den Mund und kann längerfristige Vorhaben gar nicht seriös finanzieren. Damit wollen wir aufräumen.

Schuldenabbau für kommende Generationen

Wir wollen uns nicht mit einem öffentlichen Schuldenberg von über 60 Mrd. Euro Schulden und der Landesbetriebe in Höhe von rund 15 Mrd. Euro zzgl. Bürgschaften abfinden. Die Schulden belasten unsere Kinder und kommende Generationen, die sie nicht verursacht haben, aber schultern sollen: sei es durch Einschnitte bei der öffentlichen Leistungsfähigkeit oder neue Belastungen bei Steuern und Abgaben. Wir wollen Schulden tilgen. Der Staat hat lange genug auf Kosten der nächsten Generationen gelebt.

Wir wollen in Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung ein mittelfristiges Entschuldungskonzept mit jährlichen Mindestschuldentilgungszielen verankern, welches jährlich angepasst wird.

Haushaltsgrundsätze

Die Mittel, die heute für Zinsen aufgewendet werden, soll Berlin besser in seine eigene Entwicklung investieren. Schuldentilgung ist deshalb mehr als nur Selbstzweck, sondern unbedingte Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt. Wir werden daher den Investitionsanteil des Landeshaushalts anheben. Wir formulieren unsere Prioritäten und vertreten sie auch gegen den Widerstand organisierter Gruppeninteressen. Politikerinnen und Politiker müssen sich die Auswirkungen ihrer Entscheidungen für den Haushalt bewusst machen. Das verbietet Gefälligkeitspolitik, die jedem alles verspricht, die Folgekosten verdrängt und vielfach sogar die Verantwortung für Fehlleistungen leugnet.

Wir wollen Vermögen aus Beteiligungen zur Schuldentilgung aktivieren, hierfür sind alle Landesbeteiligungen kritisch zu hinterfragen. Der Senat darf sich nicht scheuen, weitere Vermögenswerte zu angemessenen Preisen an private Investoren zu veräußern.

Wir wollen Beteiligungen des Landes veräußern, wann immer dies ohne Bildung neuer, dann privater Monopole möglich ist. Wir wollen ein Beteiligungskataster, das als Leitfaden für die Privatisierung von Landesbeteiligungen im Wettbewerb dient.

Erwirtschaften, was verteilt werden soll

Die wesentliche Voraussetzung für finanzielle Eigenständigkeit und Unabhängigkeit ist eine prosperierende Wirtschaft. Die Einnahmen des Landes wollen wir durch kontinuierliches Wachstum der Berliner Wirtschaft und mehr Beschäftigung steigern.

Eine weitere wichtige Stellschraube für einen Haushaltsausgleich sind die Sozialausgaben. Hier ist ein Gegensteuern etwa in Form einer Reintegration von Transfereinkommensbeziehern in den Arbeitsmarkt erforderlich.

Wir wollen auch den Beschäftigten des Landes eine klare Zukunftsperspektive mit leistungsgerechter Bezahlung bieten. Auch die Deckung von Pensionszusagen an Landesbedienstete verdient mehr Aufmerksamkeit und Vorsorge. Über entsprechende Verbindlichkeiten (sog. „implizite Staatsverschuldung“) müssen die Steuerzahler in voller Transparenz informiert werden.

Wir wollen die ständige Verschwendung abstellen, die der Berliner Landesrechnungshof (LRH) jedes Jahr neu und in erheblichem Umfang bemängelt. Und wir wollen die Empfehlungen des LRH umsetzen. Wie der brandenburgische Landesrechnungshof deutlich gemacht hat, hat der BER-Skandal gezeigt, dass es keine effizienten haushaltspolitischen Überwachungssysteme in Berlin gibt. Allein dadurch sind Milliarden Euro öffentlicher Gelder verschleudert worden, die nun an anderer Stelle fehlen. Damit muss Schluss sein. Deshalb werden wir Freie Demokraten ein modernes Leistungsmanagementsystem für die Verwaltung durchsetzen, um Ausgaben zukünftig nachhaltig überwachen zu können und frühzeitig gegenzusteuern.

Wir werden durch eine Einkaufsstelle des Landes die Beschaffungen bündeln, professionell ausschreiben, die Einkaufsabläufe und das Lieferantenmanagement verbessern und so jedes Jahr rund 500 Mio. Euro einsparen, also ein Zehntel der derzeitigen Einkaufskosten.

Betrug, Steuerhinterziehung, Schwarzarbeit und Leistungserschleichung werden wir stärker und konsequenter bekämpfen.

Aufgabenkritik und Verwaltungseffizienz

Der Schuldenstand macht das Selbstverständliche dringend: Sämtliche Ausgaben Berlins sind auf ihre tatsächliche Effizienz hin zu untersuchen. Wird der mit dem Mitteleinsatz beabsichtigte Zweck nicht erreicht, ist die Ausgabe einzustellen. Dies gilt für alle Bereiche der Verwaltung.

Sie ist in keiner guten Verfassung: In den Medien wird Berlin immer wieder als gescheiterte Stadt verspottet. Grund sind Verwaltungsmängel, die Bürger zur Weißglut treiben: Keine Termine beim Bürgeramt, keine schnelle Kfz-Zulassung wie in anderen Bundesländern, Chaos bei der Aufnahme von Flüchtlingen wegen fehlender Zusammenarbeit zwischen Bezirken und Landesbehörden. Unübersichtliche Gesetze und unklare Zuständigkeiten kennzeichnen eine Verwaltung, die ihre Pflichtaufgaben nicht erfüllen kann. Gleichzeitig mischt sich die Politik in fast allen Lebensbereich mit Geboten und Verboten ein und beschränkt die Freiheit der Bürger. Das Verwaltungspersonal ist nicht hinreichend auf seine Aufgaben vorbereitet. Der Krankenstand ist hoch. Die Berliner Verwaltung braucht moderne Führungsstrukturen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter brauchen für ihre Arbeit und ihren Einsatz Anerkennung und Wertschätzung.

Die Strukturkrise ist allein mit zusätzlichem Personal nicht zu bewältigen. Gefragt ist ein grundlegender Strukturwandel bis hin zur Neuordnung der Kompetenzverteilung zwischen Landes- und Bezirksebene.

Wir wollen eine schlanke und leistungsfähige Berliner Verwaltung, die sich auf ihre Kernaufgaben konzentriert und sich nicht in jeden Lebensbereich einmischt und persönliche Freiheiten einschränkt, sondern Rücksicht auf persönliche Freiheitsrechte nimmt und das eigenverantwortliche Leben der Bürger ermöglicht und unterstützt.

Wir wollen, dass Privatpersonen und Unternehmen schnell qualitativ hochwertige und serviceorientierte Dienstleistungen erhalten.

Wenn wir die Berliner Verwaltung schlanker machen, unnötige Aufgaben beenden und Doppelstrukturen abbauen und das Personal flexibler einsetzen, kann der jetzige Personalbestand die anstehenden Aufgaben angemessen erfüllen. Wir wollen jedoch gezielt in den zentralen Senatsverwaltungen den Personalbestand für rein administrative Tätigkeiten reduzieren und statt dessen an denjenigen Stellen zusätzliches Personal bereitstellen, die direkte Dienstleistungen für die Bürger erbringen. Um die Effizienz der Berliner Verwaltung zu steigern, wollen wir, dass die Behörden verstärkt Hilfstätigkeiten an beliebige Unternehmen und andere Dienstleister auslagern. Ein Beispiel hierfür sind Schreibarbeiten bei der Polizei. Werden Polizeibeamte von solchen Aufgaben entlastet, können sie sich um ihre Kernaufgaben kümmern, die öffentliche Sicherheit wird erhöht.

Subsidiarität

Die Freien Demokraten fordern, die bürokratische Verschränkung und Doppelung von Aufgaben zu beseitigen. Die Zuständigkeits- und Kompetenzabgrenzung zwischen den Senatsverwaltungen untereinander sowie zwischen Land und Bezirken ist eindeutig zu klären. Zukünftig soll für eine Leistung nur noch eine Ebene zuständig sein – entweder die

Landes- oder die Bezirksebene. Wir setzen dabei auf das Subsidiaritätsprinzip, also auf die Bürgernähe vor Ort. Den Bezirken muss zukünftig das Recht auf kommunale Selbstverwaltung zukommen. Die Bezirke sollen durch das Bezirksamt und die Bezirksverordnetenversammlungen für die ihnen zugewiesenen Aufgaben abschließende Entscheidungen treffen können.

Themen, die eindeutig gesamtstädtischen Charakter haben, sind in gesamtstädtischer Zuständigkeit zu konzentrieren. Dazu gehören zum Beispiel großflächige Planungen, übergreifende Verkehrsstrukturen und die Wirtschaftsförderung. Darüber hinaus gehende fachliche Eingriffsrechte der Senatsverwaltungen wollen wir auflösen. Auch den Rat der Bürgermeister, der sich zu einem landespolitischen Verhinderungsgremium verselbstständigt hat, wollen wir abschaffen.

Tätigkeiten, die nicht der politischen Steuerung, sondern der bloßen Durchführung von Aufgaben dienen (z.B. Immobilienverwaltung, IT-Betrieb), wollen wir zur Erhöhung der Effizienz über mehrere Bezirke bündeln. Die Bezirke sollen diese Aufgaben eigenverantwortlich an private Betreiber, eine Landesgesellschaft oder eine von mehreren Bezirken betriebene Gesellschaft vergeben können.

Bisher werden die Bezirksstadträte nach Fraktionsproporz gewählt. Damit fehlt eine klare Verantwortungszuordnung zwischen Regierung und Opposition. Es fehlt ein Anreiz für eine gute Bezirkspolitik, denn es fehlt das Risiko für die großen Parteien, nach Wahlen nicht mehr an der Bezirksregierung beteiligt zu werden. Wir fordern mit Nachdruck das Politische Bezirksamt, also die Wahl der Bezirksstadträte durch Koalitionen in den Bezirksverordnetenversammlungen.

Abbau von Bürokratie und Überregulierung

Wir wollen das Gesetzes- und Vorschriftendickicht lichten und innerhalb der nächsten Legislaturperiode um 20% reduzieren. Nicht möglichst viele Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften kennzeichnen einen guten Staat, sondern wenige, klare Vorschriften, die dann auch umgesetzt werden. Neue Gesetze und Verordnungen sollen mit einem von vornherein festgelegten Verfallsdatum versehen werden.

Wir wollen den Verwaltungs- und Erfüllungsaufwand für Bürger und Unternehmen, der durch das Inkraftsetzen neuer Regelungen entstehen würde, vor der Zuleitung an das Abgeordnetenhaus durch einen neu einzurichtenden Normenkontrollrat überprüfen lassen.

Um die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt nachhaltig zu entlasten und das Gesetzes- und Vorschriftendickicht zu lichten, fordern wir eine wirksame Bürokratiebremse. Für jede neue bürokratische Last muss mindestens eine bestehende abgeschafft werden (sog. "one in, one out"). Nicht möglichst viele Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften kennzeichnen einen guten Staat, sondern wenige klare Vorschriften, die dann auch umgesetzt werden.

Wir wollen Entbürokratisierung erreichen, indem wir behördlich festgelegte Standards der Unfallverhütung und des Brandschutzes in öffentlichen Gebäuden sowie angeblich dem Umwelt- und Gesundheitsschutz dienende Vorschriften unter Beachtung berechtigter Schutz- und Sicherheitsbelange auf ihre Angemessenheit überprüfen. Dabei sollen

verstärkt Zumutbarkeits- und Wirtschaftlichkeitskriterien sowie das Gebot der Nachhaltigkeit beachtet werden. Der Investitionsstau im Straßenbau soll durch eine kritische Überprüfung der geltenden Vorgaben aufgelöst werden.

Wir wollen, dass Kompetenzen von der Verwaltung zugunsten der bürgerlichen Freiheitsrechte und Entscheidungsspielräume auf die Bürger zurückübertragen werden – getreu dem Motto „Privat geht vor Staat“.

Verwaltungsverfahren werden wir spürbar beschleunigen und vereinfachen: Dazu sollen Genehmigungsverfahren in Anzeigeverfahren umgewandelt werden. Ausnahmen, also die Beibehaltung der Genehmigungspflicht, bedürfen einer Begründung. Eine Genehmigung gilt dann als erteilt, wenn sie nicht innerhalb eines vorgegebenen Zeitraums abschließend bearbeitet worden ist. Durch ein Wirksamkeitscontrolling werden wir die Ergebnisse der Verwaltung und den Nutzen der dafür erforderlichen Ausgaben regelmäßig nach vorgegebenen Kriterien messen und bewerten.

Mitarbeiterpotenziale heben

Wir wollen, dass die anstehenden Herausforderungen der Berliner Verwaltung jetzt angegangen werden. Eine leistungsfähige Verwaltung ist der Schlüssel zur Verbesserung der Situation der Bürger und Unternehmen in vielen Lebensbereichen. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass für Berlin eine strategische Personalbedarfsplanung für die gesamte Verwaltung durchgeführt wird. Wir wollen auf Änderungen der gesetzlichen und tarifvertraglichen Rahmenbedingungen hinwirken, die das Dienstrecht flexibilisieren und leistungsgerechtere Vergütungsanreize zulassen.

Wir wollen die Verwaltungsmitarbeiter wieder stärker für ihre Arbeit motivieren, indem wir ihnen größere persönliche Verantwortungsbereiche übertragen, ihre eigenständige und verantwortungsvolle Entscheidungsfindung stärken und ihnen Entwicklungschancen schaffen. Dazu gehören eine weitreichende Delegation von Aufgaben, klare Zielvorgaben und -vereinbarungen sowie der Verzicht auf Überregulierung. Wir wollen leistungsbezogene finanzielle Anreize für ein bürgerfreundliches Handeln setzen. Leistungsstarken Verwaltungskräften sollen zielgerichtet Entwicklungsperspektiven aufgezeigt und sie auf Führungsämter vorbereitet werden. Auf allen Ebenen der Verwaltung sollen die Kenntnisse und Erfahrungen der Mitarbeiter besser genutzt werden. Wir wollen aber auch die Durchlässigkeit zwischen Wirtschaft und Verwaltung verbessern und so Fachkräfte mit Spezialwissen für die Verwaltung gewinnen.

Der erschreckend hohe Krankenstand muss durch ein mitarbeiterorientiertes Gesundheitsmanagement mit entsprechenden Vorsorgeangeboten gesenkt werden, aber auch – wo nötig – mit klaren Rückkehrgesprächen eingedämmt werden.

Die Berliner Verwaltung wird eine Pensionierungswelle zu verkraften haben. Bereits bis 2019 werden rund 28 Prozent der Beschäftigten aus dem öffentlichen Dienst ausscheiden. Diese Herausforderung muss von zwei Seiten angegangen werden: Auf der einen Seite wollen wir die Voraussetzungen schaffen, dass ältere Beschäftigte im öffentlichen Dienst länger beschäftigt bleiben, denn ihre Erfahrung wird gebraucht. Hierzu gehört, Frühverrentungsanreize z.B. Altersteilzeitvereinbarungen in Form von Blockmodellen sowie das Pensionierungsalter für Berliner Beamte von 65 Jahren auf den Prüfstand zu stellen. Wir wollen stattdessen flexible Verrrentungsmodelle fördern, die

einen gleitenden Übergang in den Ruhestand ermöglichen. Auf der anderen Seite wollen wir, dass die Berliner Verwaltung als Arbeitgeberin für Nachwuchskräfte attraktiver wird. Außerdem muss der Wissenstransfer von den älteren auf die jüngeren Mitarbeiter und umgekehrt durch professionelles Wissensmanagement und altersgemischte Teams gesichert werden. Das Verwaltungspartnerschaftsprojekt „Twinning“, in dem die Verwaltungen von EU-Mitgliedsstaaten und EU-Beitrittskandidatenländern zusammenarbeiten, soll weiter ausgebaut werden, um flächendeckend in der EU ein hohes Niveau an Verwaltungseffizienz zu erreichen und gleiche Standards zu gewährleisten. Hierbei werden Wissen und Erfahrungen europaweit ausgetauscht. Dabei sollen auch Personalaustauschprogramme in Zukunft eine zentrale Rolle spielen.

Zentrale Anlaufstelle

Wir wollen, dass Bürger und Unternehmen sich für alle Anliegen an eine einzige Anlaufstelle wenden können, die auf verschiedenen Kanälen (Rufnummer 115, zentraler Internetservice oder Bürgerterminals) erreichbar ist und über die die jeweils Zuständigen in der Verwaltung erreicht werden können. Durch zentrales Wissensmanagement werden die Anliegen der Bürger durch die Verwaltung bearbeitet werden können.

Über eine Fokussierung des Aufgabenkatalogs auf Kernaufgaben hinaus wollen wir die Effizienz der öffentlichen Verwaltung durch modernere Strukturen und den Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechnologien weiter steigern.

Digitale Verwaltung

Berlin soll international zur Vorreiterin für elektronische Angebote der Verwaltung (eGovernment) für Bürger und Unternehmen werden. Als Beitrag zum Abbau von Bürokratie sollen alle Behördengänge digital rund um die Uhr von zu Hause erledigt werden können. Dazu soll die Landesverwaltung ein zentrales Internetportal mit einer einmaligen Anmeldung für alle Verwaltungsdienstleistungen einrichten.

Für die Abwicklung von Verwaltungsdienstleistungen sollen für Bürger nützliche Apps von und mit privaten Anbietern z.B. für die Vergabe von Kindergarten-, Schul-, Altenheim- und Hospizplätzen entwickelt werden bzw. bestehende Angebote genutzt werden.

Für kürzere Bearbeitungszeiten und bessere Dienstleistungen für Bürger und Unternehmen sollen alle Berliner Behörden flächendeckend die rechtssichere elektronische Verwaltungsakte einführen. In ihr werden alle von Bürgern und Unternehmen übersandten Formulare automatisch eingelesen und zusammengeführt.

Die Bürger sollen überwachungssicher mit sämtlichen Behördenmitarbeitern kommunizieren können. Die Verwaltung ist dazu auf sichere Ende-zu-Ende-Verschlüsselungsmethoden zu verpflichten. Ihre Mitarbeiter sind für alle Formen des eGovernments zu schulen.

Sämtliche Verwaltungsinformationen und -angebote sind auf einer zentral erreichbaren Website in einfach verständlicher Form und optimiert für Suchmaschinen abrufbar zu halten. Sofern dies in datenschutzgerechter Form möglich ist, soll die Verwaltung ihre Informationen auch über die sozialen Netze anbieten.

Es sind für alle Verwaltungsdienstleistungen und Nutzungsentgelte (z.B. Parkgebühren) moderne elektronische Bezahlinstrumente anzubieten.

Open Source Software bietet Vorteile bei zahlreichen Diensten. Wir fordern deshalb den Einsatz von Open-Source-Software. Der Einsatz proprietärer Software in der Verwaltung sollte nur in begründeten Einzelfällen stattfinden.

Über die einheitliche Vorgabe offener Standards für Kommunikationsschnittstellen der Berliner Verwaltung (zu den Bürgern, zu den Unternehmen und zwischen den Behörden) wollen wir die Effizienz der Kommunikation erhöhen und den Wettbewerb verschiedener Lösungen fördern. Open Data sehen wir als Chance für die Verwaltung, Unternehmen und Bürger Berlins. Daher wollen wir mehr öffentliche Daten zur Verfügung stellen und so das Datenangebot ausbauen sowie die Aktualität der Daten verbessern.

Die Berliner Verwaltung wollen wir mit einem Transparenzgesetz verpflichten, Daten von allgemeinem Interesse in maschinenlesbarer Form und in offenen Standards zur öffentlichen, kostenfreien Nutzung – auch für von Dritten angebotene Mehrwertdienste – zur Verfügung zu stellen, soweit die Daten nicht personenbezogen sind oder Geschäftsgeheimnisse von Unternehmen betreffen.

Neue digitale Instrumente sind zu nutzen, um für die Bürgerinnen und Bürgern unmittelbare Beteiligungsmöglichkeiten bei der Stadtplanung und bei Großprojekten zu schaffen. Wir wollen Gesetzesvorhaben vor der Beschlussfassung durch das Abgeordnetenhaus auf einer Bürgerbeteiligungsplattform zur Diskussion stellen.

Sie. Wir. Alle. Die zukunftsfähige Stadt gestalten – die Bürgergesellschaft für alle

Politik weiß nicht alles. Sie kann auch nicht alles. Sie sollte es auch nicht versuchen. Trotzdem tut sie es immer wieder. Anmaßende Politiker überschätzen sich und versuchen z.B., den Bau von Großbaustellen selbst zu betreiben. Das Ergebnis sind Bauverzögerungen wie bei der Staatsoper oder viel schlimmer beim BER. Für die dabei zu Tage tretende organisierte Verantwortungslosigkeit müssen am Ende immer die Bürgerinnen und Bürger zahlen.

Auch liberale Politikerinnen und Politiker wissen nicht alles. Sie setzen deshalb auf den Dialog mit der Bürgergesellschaft, mit Experten und Interessenvertretern. Sie haben aber auch den Mut, Verantwortung zu übernehmen, wenn es um die besten Voraussetzungen für mehr Freiheit für immer mehr Menschen geht. Unser Programm steht in der Tradition der Aufklärung. Freie, demokratische Politik ist die Selbstorganisation einer toleranten, gebildeten und selbstbewussten Bürgergesellschaft.

Die liberale Bürgergesellschaft ist sich ihrer Verantwortung, Möglichkeiten und Chancen bewusst – Freiheit bedeutete und bedeutet, Ideen umsetzen zu können und damit auch zum Wohle der Gemeinschaft beizutragen.

In diesem Sinne hat selbstbewusste Bürgerschaft seit jeher ihre Freiheitsansprüche auch gegen staatliche Eingriffe formuliert. Die Machtansprüche des Staates wachsen heute in einer freiheitlichen Demokratie erneut. Auch durch konzentrierte Marktmacht und

Anarchie können Freiheit und Rechtsstaatlichkeit bedroht werden. Die Aufklärung und ihre Werte haben daher nichts an Aktualität eingebüßt.

Die Freiheit, Kreativität und Schaffenskraft des Einzelnen drohen im kollektiven „Wir“ staatlicher Ideologie und Bürokratie zu ersticken. Unsere politischen Mitbewerber, egal ob links oder rechts, egal ob modern oder konservativ, möchten Sie, die Bürgerinnen und Bürger, noch fester an die Hand nehmen; sie möchten noch mehr Regeln und weitere Vorschriften für Ihr Leben erlassen. Andere Parteien glauben, Ihnen genau erklären zu können, wie Sie gut und richtig zu leben haben. Wir wollen, dass Sie über Ihr Leben selbst entscheiden. Daher halten wir es für richtig, auch auf die Grenzen des staatlichen Handelns hinzuweisen. Der Staat soll dort helfen, wo seine Hilfe gebraucht wird. Damit er das kann, muss er sich auf seine Kernaufgaben konzentrieren. Wir haben sie hier für Berlin formuliert.

Wir haben auf den vorliegenden Seiten beschrieben, wie wir uns den Weg zur besten Bildung vorstellen und welche Zukunftschancen daraus erwachsen. Wie wir uns die Wirtschaft der Zukunft vorstellen, die produktive Arbeitsplätze und echte Werte schafft. Wie wir eine Vision für die dynamische Stadtentwicklung einer lebenswerten Stadt schaffen wollen. Wir haben erklärt, wie wichtig uns soziale Verantwortung ist und wie wir sie leben wollen. Wir haben vernünftiges Regieren beschrieben, das den Menschen vertraut.

Auf der Basis dieses Programms und vieler weiterer Ideen für unsere Stadt werben wir für Ihre Unterstützung und schlagen Ihnen vor:

Gestalten wir die zukunftsfähige Stadt als selbstbewusste Bürger gemeinsam!

Ihre Stimme für die FDP ist der erste Schritt zur Metropole Berlin als Hauptstadt der Chancen und der Freiheit.